



ZUSAMMEN  
DEMOKRATIE  
STÄRKEN!



*ORIENTIERUNGSHILFE ZUM UMGANG  
MIT DER „ALTERNATIVE FÜR DEUTSCHLAND“ (AFD)*

***DIE AFD IST KEINE ALTERNATIVE!***



**Kolping**



## IMPRESSUM

Kolping Deutschland  
St.-Apern-Straße 32 | 50667 Köln  
T +49 221 20701-0 | F +49 221 20701-149  
info@kolping.de | www.kolping.de  
Verantwortlich: Alexandra Horster, Bundessekretärin  
Redaktion: Marcel Gabriel-Simon, Christoph Nösser,  
Dr. Torben Schön, Alexander Suchomsky, Simone Weinger  
Neuaufgabe, Köln April 2026



## **INHALT**

Impressum	2
Vorwort	4
<b>1. BESCHLUSS: AFD ALS UNVEREINBARE ORGANISATION</b>	<b>6</b>
<b>2. DEMOKRATIE AM SCHEIDEWEG: ERKLÄRUNGSVERSUCHE UND LÖSUNGSMÖGLICHKEITEN</b>	<b>12</b>
2.1 Wenn Gewissheiten brüchig werden	12
2.2 Warum einfache Antworten so verlockend sind	14
2.3 Wie Verständigung neu entstehen kann	15
<b>3. RELEVANZGEWINN DER AFD – WACHSENDE PRÄSENZ IM ÖFFENTLICHEN LEBEN</b>	<b>16</b>
<b>4. DAS MENSCHENBILD DER AFD</b>	<b>18</b>
4.1 Das Menschenbild basiert auf völkischem Denken	18
4.2 Migrant*innen werden kollektiv abgewertet und kriminalisiert	18
4.3 Islam und Muslim*innen als Feindbilder	22
4.4 Abwertung von Vielfalt und Gleichberechtigung	22
4.5 Ablehnung von Inklusion	23
<b>5. AUSSAGEN DER AFD ZU AUSGEWÄHLTEN POLITIKBEREICHEN</b>	<b>24</b>
5.1 Deutschland und Europa	24
5.2 Familie und Gesellschaft	25
5.3 Umwelt und Klima	27
<b>6. WIE UMGEHEN MIT DER AFD?</b>	<b>28</b>
6.1 Was ist bei Kenntnis über eine AfD-Mitgliedschaft zu tun?	28
6.2 Umgang bei Veranstaltungen	29
6.3 Umgang in den sozialen Medien	30
6.4 Umgang mit Stammtischparolen	34
Literaturhinweise	36
Linktipps und Bildungsangebote	38

## VORWORT

# LIEBE KOLPINGGESCHWISTER, LIEBE FREUND\*INNEN VON KOLPING,

Eine erste Orientierungshilfe zum Umgang mit der AfD ist 2019 entstanden. Die Bundesversammlung von Kolping Deutschland hatte den Bundesvorstand beauftragt, eine Orientierungshilfe zu erstellen, die darlegt, inwieweit Aussagen der „Alternative für Deutschland“ (AfD) den Grundlagen und Wertvorstellungen unseres Verbandes widersprechen. Damals gehörte die ursprünglich als „Anti-Euro“-Partei gegründete AfD seit einem knappen Jahr dem Deutschen Bundestag an. Aus dem Stand war sie zur drittstärksten Fraktion geworden. Dabei fußte ihr politischer Erfolg schon früh auf einer Programmatik, die die Gesellschaft gezielt spaltet und Bevölkerungsgruppen ausgrenzt. Die Entwicklung von einer rechtspopulistischen Partei zu einem rechtsextremistischen Verdachtsfall verlief rasant.

Inzwischen hat die AfD bei einer größer werdenden Zahl von Bürger\*innen Akzeptanz gefunden. Bei der letzten Bundestagswahl 2025 wurde sie mit einem Stimmenanteil von mehr als 20 Prozent zweitstärkste Kraft im Bundestag. Umfragen zu den bevorstehenden Landtagswahlen in Ostdeutschland sehen sie teils in der Nähe von 40 Prozent und damit als potenziell stärkste politische Kraft.

Das in Wort und Schrift geäußerte demokratiefeindliche und völkische Denken der AfD und vieler ihrer Mitglieder steht im Widerspruch zu den Werten, für die Generationen von Engagierten bei Kolping stehen. Eine gleichzeitige Mitgliedschaft

bei Kolping und in der AfD ist daher unvereinbar, wie der Bundeshauptausschuss 2023 beschlossen und wie es die Bundesversammlung 2025 bestätigt hat. Um Mitglieder von unvereinbaren Organisationen tatsächlich ausschließen zu können, wurde eine neue Regelung in der Satzung von Kolping Deutschland verankert.

Der fundamentale Unterschied zur Programmatik der AfD besteht darin, dass wir uns in unserem Denken und Handeln am christlichen Menschenbild orientieren. Weil jeder Mensch Abbild Gottes ist, verbietet sich jede Form der Diskriminierung von Menschen. Auch nationalistische Selbstüberhöhung widerspricht dem christlichen Menschenbild und wird von Kolping strikt abgelehnt. Deshalb bietet Kolping der AfD kein Forum zur Eigendarstellung. Dies bedeutet auch, dass Einrichtungen und Unternehmen – wie Kolpinghäuser, Kolping-Bildungsunternehmen, Akademien etc. – für Veranstaltungen der AfD nicht zur Verfügung stehen!

Die vorliegende Publikation versteht sich als eine Orientierungshilfe für interessierte Mitglieder und Leitungskräfte unseres Verbandes. Den Leitungskräften soll sie zudem bei der Vorbereitung und Organisation von Veranstaltungen als Unterstützung dienen.

Es ist nicht Absicht von Kolping, all jene zu verurteilen, die – vielleicht auch aus Enttäuschung und Frustration – mit der AfD sympathisieren, sie



vielleicht sogar wählen. Der Bundesvorstand ruft sie dennoch entschieden und ausdrücklich dazu auf, die eigene Haltung und das eigene Handeln zu hinterfragen. Er ist davon überzeugt, dass es der falsche Weg ist, den Versprechungen von Rechtspopulist\*innen und Rechtsextremist\*innen zu vertrauen und ihren politischen Zielen zu folgen.

Bei unserer aktiven Mitwirkung und Mitverantwortung an der Gestaltung einer menschenwürdigen Welt lassen wir uns von den Prinzipien der katholischen Soziallehre – Personalität, Subsidiarität, Solidarität, Gemeinwohl und Nachhaltigkeit – leiten. Sie geben Orientierung für eine soziale Ordnung, die unserem christlichen Menschenbild entspricht.

Für konkrete Fragen und Anliegen steht das Bundessekretariat von Kolping Deutschland gerne zur Verfügung.

Herzlich danke ich allen, die an der Erstellung der Orientierungshilfe mitgewirkt haben.

Alexandra Horster  
Bundessekretärin

Köln, im April 2026

## KAPITEL 1

# BESCHLUSS: AFD ALS UNVEREINBARE ORGANISATION

Im Rahmen der Bundesversammlung 2025 hat Kolping Deutschland mit überwältigender Mehrheit eine AfD-Mitgliedschaft für unvereinbar mit einer Zugehörigkeit zum Verband erklärt. Eine entsprechende Satzungsänderung und ein ergänzender inhaltlicher Beschluss ermöglichen künftig den Ausschluss von Mitgliedern, die in Wort oder Tat Positionen vertreten, die den Grundsätzen und dem Leitbild von KOLPING widersprechen. Mit dem Beschluss verpflichtet Kolping Deutschland seine Mitglieder zur Klarheit: Wer Mitglied in der AfD ist, kann nicht zugleich Mitglied bei Kolping Deutschland oder einer seiner Gliederungen sein. Kolping unterstreicht damit sein Selbstverständnis als demokratisch verfasster katholischer Sozialverband, der sich zu den Werten des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland bekennt und für Demokratie, Vielfalt und Menschenwürde einsetzt – in Deutschland und weltweit.

### **DIE MITGLIEDSCHAFT BEI KOLPING IST UNVEREINBAR MIT EINER MITGLIEDSCHAFT IN DER ALTERNATIVE FÜR DEUTSCHLAND**

Kolping Deutschland bekräftigt seinen Beschluss des Bundeshauptausschusses vom 03. - 05. November 2023 in Osnabrück, dass die Positionen der „Alternative für Deutschland“ (AfD) nicht mit dem Leitbild von KOLPING in Deutschland und seinen satzungsgemäßen Zwecken vereinbar sind.

Als freier, auf dem Grundgesetz basierender Verein mit einer christlichen Prägung nutzen wir unser Recht, über unsere Mitgliedschaften – basierend auf unseren Zielen, Werten und dem Leitbild – selbst zu befinden. Im Folgenden wird die Unvereinbarkeit der Mitgliedschaft bei KOLPING mit einer Mitgliedschaft in der Alternative für Deutschland auf den verschiedenen Ebenen dargestellt.

#### **Unvereinbarkeit mit dem Selbstverständnis von Kolping Deutschland**

Unsere Satzung und unser Leitbild formulieren klar, wo unsere Orientierung liegt:

- Wir stehen auf dem Boden der katholischen Soziallehre.  
—> [37] *Die für unsere verbandliche Identität unverzichtbaren Prinzipien der katholischen Soziallehre und der christlichen Gesellschaftslehre müssen immer wieder neu übersetzt und auf konkrete Lebenssituationen und jeweilige Herausforderungen der Zeit übertragen werden.*<sup>1</sup>
- Wir orientieren uns an der Würde des Menschen, an Solidarität, Gerechtigkeit und der Option für die Schwachen.





—> [40] *Solidarität heißt: Wir treten füreinander ein und sehen es als unsere zentrale Aufgabe an, für ein Leben in Würde für alle Menschen zu wirken.*<sup>2</sup>

- Wir verstehen uns als eine Gemeinschaft, die die Zeichen der Zeit erkennt – und auf gesellschaftliche Veränderungen nicht rückwärtsgewandt, sondern zukunftsorientiert antwortet. —> [98] *KOLPING hat mit seinem Handeln stets die Zukunft im Blick. Insbesondere die Stimme der Kolpingjugend wirkt in alle Bereiche des Verbandes, der Einrichtungen und Unternehmen hinein und motiviert uns zu einer zukunftsorientierten Programmatik und zu zukunftsorientiertem Handeln.*<sup>3</sup>
- Wir treten für eine weltoffene, demokratische Gesellschaft ein, die die Vielfalt als Reichtum anerkennt. —> *Satzung von Kolping Deutschland § 2 Abs. 1c) „Kolping Deutschland verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung (AO), und zwar im Einzelnen die Förderung (...) c) der internationalen Gesinnung, der Toleranz auf allen Gebieten der Kultur und des Völkerverständigungsgedankens,(...)“*

Im Kontrast dazu steht das Programm und das politische Handeln der AfD – nicht nur durch Interpretation, sondern durch nachprüfbar, dokumentierte Eigenäußerungen und Personalentscheidungen.

#### **Unvereinbarkeit anhand offizieller AfD-Positionen und realer Parteipraxis**

Zahlreiche Positionen der AfD sind mit Kolping Deutschland und seinem Leitbild unvereinbar, unter anderem:

##### **> Rückwärtsgewandtes Gesellschaftsbild**

Die AfD bezieht sich in ihrem Grundsatzprogramm explizit auf „traditionelle Rollenbilder“<sup>4</sup> und betont ein Familienbild, das moderne Gleichstellungs- und Gleichberechtigungskonzepte infrage stellt. Die Forderung nach einer „Wiederherstellung der natürlichen Geschlechterordnung“ steht im Gegensatz zu der Haltung von Kolping Deutschland, das sich schon in der Nachkriegszeit für die Gleichberechtigung von Frauen stark gemacht hat.

Bereits Adolph Kolping war der gesellschaftlichen Entwicklung oft einen Schritt voraus – etwa mit seinen Beiträgen zur Sozialgesetzgebung, zur Förderung von Bildung oder zur internationalen Solidarität. Das aktuelle Leitbild von KOLPING sowie regelmäßige Positionierungen von Kolping Deutschland zeigen in allen Facetten einen aktuellen und modernen Gesellschaftsbezug.

Die AfD dagegen plädiert für eine teilweise Revision gesellschaftlicher Errungenschaften der letzten Jahrzehnte, etwa beim Sozialstaat, bei der Migrationsgesellschaft oder bei der Geschlechtergerechtigkeit.<sup>5</sup>

<sup>1</sup> Leitbild von KOLPING in Deutschland

<sup>2</sup> Ebd.

<sup>3</sup> Ebd.

<sup>4</sup> <https://www.afd.de/grundsatzprogramm/#6> – 6. Familien und Kinder

<sup>5</sup> <https://www.afd.de/grundsatzprogramm/>

### > Nationalismus und Ausgrenzung statt Solidarität und Inklusion

Die AfD forciert in ihrem Programm ein stark nationalistisches Gesellschaftsbild, das kulturelle Vielfalt nicht als Bereicherung, sondern als Bedrohung begreift.<sup>6</sup>

Kolping Deutschland steht hingegen für internationale Solidarität, interkulturelle Zusammenarbeit und ein christlich motiviertes Bekenntnis zur Nächstenliebe über nationale Grenzen hinweg. Dies drückt sich nicht zuletzt in unserem internationalen Engagement mit Kolping International aus.

### > Gerichtlich bestätigte extremistische Positionen namhafter Vertreter

Der Landesvorsitzende der AfD Thüringen, Björn Höcke, beispielsweise wurde 2024 rechtskräftig wegen der Verwendung einer NS-Parole verurteilt (§ 86a StGB). Dennoch wurde er nicht von führenden Parteivertreter\*innen kritisiert oder ausgeschlossen. Im Gegenteil: Er bleibt nicht nur Mitglied, sondern prägt die Partei programmatisch maßgeblich mit.

Diese bewusste Tolerierung strafrechtlich relevanter, eindeutig extremistisch besetzter Äußerungen innerhalb der Partei ist mit unserem christlich geprägten Wertegerüst nicht vereinbar. Dass es innerhalb der AfD keine innerparteilichen Konsequenzen gibt, ist Ausdruck einer strukturellen Duldung solcher Positionen.

Die Einschätzung einer völkischen Weltanschauung und Demokratiefindlichkeit der AfD wird zudem in einem 2025 erstellten Gutachten des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) bestätigt. Darin heißt es, dass die Partei als gesichert rechtsextremistisch einzustufen ist. Als zentral gilt nach Einschätzung des BfV das mit hoher „Frequenz und Regelmäßigkeit“ geäußerte „Volksverständnis“ der AfD<sup>7</sup>.

Kolpingmitglieder dagegen haben bewusst und aktiv Widerstand gegen den Nationalsozialismus geleistet. So etwa durch Hilfe bei der Verbreitung der Enzyklika „Mit brennender Sorge“ von Papst

Pius XI. – einer der wenigen offenen kirchlichen Kritiken an Hitler-Deutschland.

Eine Partei, die in Teilen an NS-Rhetorik anknüpft und deren Repräsentanten darin keine untragbare Verfehlung erkennen, ist mit unserer Gemeinschaft unvereinbar.

### Theologische Unvereinbarkeit

Als katholischer Verband ist unser Glaube an Jesus Christus und das Evangelium maßgeblich für die christliche Grundhaltung, auf der Kolping basiert<sup>8</sup>. Insbesondere die Bergpredigt (Mt 5-7) gibt Anhaltspunkte auf wesentliche Grundpfeiler unseres Glaubens:

*„Selig, die Frieden stiften; denn sie werden Kinder Gottes genannt werden.“ (Mt 5,9)*

*„Selig, die hungern und dürsten nach Gerechtigkeit; denn sie werden satt werden.“ (Mt 5,6)*

Die AfD steht für eine Politik, die bewusst mit gesellschaftlicher Spaltung und Abgrenzung arbeitet. Ihr politischer Stil ist konfrontativ, sie arbeitet mit Ressentiments, pauschalen Abwertungen (u. a. „Kopftuchmädchen“, „Asyltourismus“) und forciert einen Kulturkampf, der mit dem Geist der Versöhnung, des Friedens und der Nächstenliebe nicht in Einklang zu bringen ist.

Die politische Rhetorik der AfD, insbesondere gegenüber Migrant\*innen, sozial Benachteiligten oder religiösen Minderheiten, steht diesem christlichen Auftrag entgegen, der für Kolping besonders wesentlich ist. Kolping als katholisch geprägte Bewegung kann nicht gleichzeitig Plattform sein für Menschen, die sich zu solchen Haltungen bekennen.

### Fazit: Klare Konsequenz aus unserem Selbstverständnis

Kolping Deutschland bleibt seinem Anspruch treu, Kirche in der Welt zu sein – menschenfreundlich, offen, lebensnah und mutig gegen jedes rückwärtsgewandte, ausschließende oder nationalistische Denken.

<sup>6</sup> Ebd. 7.2 Deutsche Leitkultur statt Multikulturalismus

<sup>7</sup> <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/afd-verfassungsschutz-rechtsextremismus-100.html>

<sup>8</sup> Leitbild von KOLPING in Deutschland: [8] Der Glaube an Jesus Christus und seine frohe Botschaft bewegt uns. Auf dieser Basis entwickeln wir die Grundhaltungen für unser persönliches Leben und unser gemeinschaftliches Wirken.



Die Bundesversammlung von Kolping Deutschland beschließt aus diesen Gründen, dass die AfD und ihre Gliederungen gemäß § 8a Abs. 1 der Satzung von Kolping Deutschland mit seinen Zwecken und seinem Leitbild unvereinbar ist.

Mitglieder, die der AfD angehören, sind gemäß § 8a Abs. 2 der Satzung von Kolping Deutschland zugleich mit diesem Beschluss aufgefordert, unverzüglich aus Kolping Deutschland und sämtlichen seiner Gliederungen oder aus der AfD auszutreten.

Beschlossen durch die Bundesversammlung vom 07. bis 09. November 2025.

Damit der Beschluss der Bundesversammlung 2025 Wirksamkeit entfalten konnte, bedurfte es im Vorfeld einer Änderung der Satzung von Kolping Deutschland. Zwar war die Möglichkeit zum Ausschluss von Mitgliedern schon lange in der Satzung geregelt. Mit dem neuen Paragraphen 8a kann die Bundesversammlung nun aber die Unvereinbarkeit mit Organisationen feststellen, die dem Zweck von Kolping Deutschland oder dem von der Bundesversammlung beschlossenen Leitbild widersprechen. Die AfD ist mit dem inhaltlichen Beschluss der Bundesversammlung die erste Organisation, für die das gilt. Folgende Stellen aus der Satzung und der Schiedsgerichtsordnung sind dafür relevant.

## **AUSZÜGE AUS DER SATZUNG VON KOLPING DEUTSCHLAND**

(in der Fassung vom 8. November 2025)

### **§ 8 Ausschluss von Mitgliedern**

- (1) Ein Mitglied von Kolping Deutschland kann ausgeschlossen werden, wenn
  - a) ein wichtiger Grund gegeben ist,
  - b) das Mitglied das Ansehen des Vereins oder des Namens „Kolping“ gröblich geschädigt hat,
  - c) das Mitglied mit der Zahlung des Beitrages und/ oder des Zustiftungsbetrages in Verzug gerät und trotz Mahnung in Textform nicht innerhalb eines Monats nach Zugang der Mahnung seiner Verpflichtung nachkommt. In der Mahnung ist auf den Ausschlussgrund hinzuweisen.
  - d) das Mitglied einer Organisation angehört, deren Ziele, Überzeugungen und / oder Aktivitäten den Zielen von Kolping, insbesondere den Zwecken gemäß § 2 oder dem von der Bundesversammlung beschlossenen Leitbild von Kolping in Deutschland zuwiderlaufen. Dies gilt auch soweit die Unvereinbarkeit (noch) nicht gemäß § 8a beschlossen ist.
- (2) Die Zuständigkeit für die Entscheidung über den Ausschluss liegt beim Bundesvorstand. Er entscheidet mit einer 2/3-Mehrheit.
- (3) Das betroffene Mitglied ist mindestens einen Monat vor Beschlussfassung von dem vorgesehenen Ausschluss und den Gründen per Post oder E-Mail in Kenntnis zu setzen. Das Mitglied kann in Textform zu den Vorwürfen Stellung nehmen. Geht die Nachricht des Vereins nicht zu, führt das nicht zur Unwirksamkeit des Beschlusses über den Ausschluss; das rechtliche Gehör wird in diesem Fall durch die Möglichkeit gewährt, das Schiedsgericht anzurufen.
- (4) Mindestens einen Monat vor Beschlussfassung ist der Vorstand der Kolpingsfamilie, dem das Mitglied angehört, von dem beabsichtigten Ausschluss und den Gründen in Kenntnis zu setzen. Der Vorstand der Kolpingsfamilie kann zu dem Vorgang Stellung nehmen. Bei Einzelmitgliedern ist der jeweilige Diözesanverband entsprechend anzuhören.

- (5) Der Beschluss über den Ausschluss ist dem betroffenen Mitglied per Post oder E-Mail zur Kenntnis zu geben.
- (6) Das betroffene Mitglied kann binnen eines Monats nach Zugang des Beschlusses gegen den Beschluss schriftlich Einspruch einlegen. Der Einspruch ist an den Bundesvorstand zu richten.
- (7) Der Bundesvorstand hat den Einspruch unverzüglich dem Schiedsgericht vorzulegen. Das Schiedsgericht muss binnen vier Monaten nach Eingang des Einspruchs über den Fall verhandeln.
- (8) Zuständig für den Ausschluss aus KOLPING INTERNATIONAL im Sinne des § 12 Generalstatut von KOLPING INTERNATIONAL ist bei Kolping Deutschland der Bundesvorstand.

### **§ 8a Unvereinbare Organisationen**

- (1) Die Bundesversammlung oder der Bundeshauptausschuss können auf Antrag (gemäß § 18 Absatz 17 oder § 19 Absatz 12) mit einer Mehrheit von 2/3 der abgegebenen Stimmen beschließen, dass eine Organisation mit dem Zweck von Kolping Deutschland oder dem von der Bundesversammlung beschlossenen Leitbild von Kolping in Deutschland unvereinbar ist. Die Unvereinbarkeit kann sich auf die Ziele, die Überzeugungen sowie die Aktivitäten der Organisation beziehen.
- (2) Mitglieder, die einer unvereinbaren Organisation gemäß Absatz 1 angehören, sind zugleich mit dem Beschluss aufgefordert, unverzüglich aus Kolping Deutschland und sämtlichen seiner Gliederungen oder aus der betreffenden Organisation auszutreten.

Mitglieder, die dem nicht nachkommen, sind aus Kolping Deutschland auszuschließen. Für den Ausschluss gilt das Verfahren gemäß § 8 Absatz 2 und Absatz 5 bis 8. Die Absätze 3 und 4 finden keine Anwendung, da bereits mit dem Beschluss gemäß Absatz 1 Gelegenheit bestand, sich zu dem Unvereinbarkeitsbeschluss zu verhalten; rechtliches Gehör wird über den Zugang zum Schiedsgericht gemäß § 8 Absätze 6 und 7 gewährleistet. Die Frist gemäß § 8 Absatz 7 beträgt dabei ein Jahr, anstatt vier Monate.
- (3) Mitglieder, die aus der unvereinbaren Organisation im Sinne des Absatzes 1 gemäß Ab-

satz 2 ausgetreten sind, können aus Kolping Deutschland ausgeschlossen werden, wenn sie in Worten und / oder Werken zum Ausdruck bringen, dass sie an Überzeugungen der unvereinbaren Organisation festhalten, die mit dem Zweck von Kolping Deutschland oder dem von der Bundesversammlung beschlossenen Leitbild von Kolping in Deutschland zuwiderlaufen.

### **Auszüge aus der Schiedsgerichtsordnung von Kolping Deutschland**

(Fassung vom 4. November 2022)

#### § 3 Anträge

- (2) Über die Zulassung eines Antrages entscheidet die / der Vorsitzende. Ist ein Antrag unzulässig oder offensichtlich unbegründet, so kann er durch die / den Vorsitzenden schriftlich ohne Anhörung des Antragstellers / der Antragstellerin zurückgewiesen werden.
- (3) Lässt die / der Vorsitzende einen Antrag zu, so übersendet er dem / der Antragsgegner / in eine Abschrift des Antrages und gibt ihm / ihr Gelegenheit zur Stellungnahme.

#### § 6 Verfahren

- (2) Die / Der Vorsitzende setzt unter Berücksichtigung des Umfangs und der Dringlichkeit des Falles die entsprechenden Fristen für Stellungnahmen in Textform fest.

#### § 8 Entscheidungen

- (5) Eine Berufung gegen Entscheidungen des Schiedsgerichts ist nicht möglich.

### **Weitere Beschlüsse von Kolping Deutschland zum Thema<sup>9</sup>**

- / Die Mitgliedschaft bei Kolping ist unvereinbar mit einer Mitgliedschaft in der Alternative für Deutschland (7.-9. November 2025)
- / Demokratie braucht unser aller Mittun (9. November 2024)
- / Demokratie stärken (4. November 2023)
- / Unvereinbarkeit einer Kolpingmitgliedschaft mit einer AfD-Mitgliedschaft (3.-5. November 2023)
- / Erinnerungskultur als gesamtgesellschaftlicher Auftrag (20. Februar 2021)
- / Die AfD ist keine Alternative! (23. Februar 2019)



<sup>9</sup> <https://www.kolping.de/verband/erklaerungen>, 11.03.2026

## KAPITEL 2

# DEMOKRATIE AM SCHEIDEWEG: ERKLÄRUNGSVERSUCHE UND LÖSUNGSMÖGLICHKEITEN

### 2.1 WENN GEWISSEITEN BRÜCHIG WERDEN

In Deutschland hat sich in den letzten Jahren eine politische Verschiebung vollzogen. Die Wahlerfolge der AfD sind längst kein Randphänomen mehr. Zugleich scheinen die Trennlinien in der Gesellschaft stärker geworden zu sein: „Wir“ gegen „die“, urban gegen ländlich, „woke“ gegen konservativ, analog gegen digital. Doch jenseits der Schlagzeilen und Empörungsmechanismen liegt eine tiefere Struktur. Denn viele Menschen empfinden ihre soziale und materielle Sicherheit sowie ihre kulturelle Anerkennung und politische Mitsprache als brüchig.

Viele Wähler\*innen machen ihr Kreuz bei der AfD nicht aus plötzlicher Begeisterung für autoritäre Ideen, sondern aus Enttäuschung, Frustration oder einem Gefühl von Kontrollverlust. Über Jahrzehnte galt Deutschland als Land mit einer stabilen gesellschaftlichen Mitte – wirtschaftlich gesichert, institutionell verlässlich, politisch moderat. Doch diese Wahrnehmung wurde in den letzten Jahren erschüttert: Die Wirtschaft verändert sich und stagniert, ländliche Regionen und bestimmte Branchen verlieren Arbeitsplätze, Lebenshaltungskosten sind durch die Corona-Pandemie und den Angriffskrieg auf die Ukraine gestiegen, durch den demografischen Wandel sind die Sozialsysteme überlastet. Zum Teil sind diese gesellschaftspolitischen Probleme seit Jahrzehnten bekannt, aber nicht mit der nötigen Konsequenz angepackt worden. Die eigene Lebenswelt verändert sich immer schneller, was genauso für die globale Politik gilt. Noch vor einigen Jahren hätte man sich einen Angriffskrieg in Europa nicht vorstellen können, ebenso wenig den Verlust der USA als verlässlicher politischer Partner oder das wirtschaftliche und politische Erstarken von China.

Das Resultat ist häufig ein Gefühl von Hilf- und Machtlosigkeit: Es entsteht der Eindruck, dass die eigene Perspektive nicht zählt. Dies hat zur Folge, dass diese Menschen sich aus einem konstruktiven politischen Dialog mit anderen zurückziehen und allein die Bestätigung durch Gleichgesinnte suchen. In einer ungewissen Zeit kann man sich so zumindest an einfachen „Meinungen“ und „Lösungen“ festhalten.

Die AfD bietet solch einfache Antworten auf komplexen Fragen: „Wir“ seien die Vernachlässigten, „die da oben“ oder diejenigen, „die zu uns einwandern“, seien die Schuldigen. Aus der Enttäuschung über unerfüllte Erwartungen entsteht eine politische Energie, die sich gegen politische Institutionen richtet – eine „Zerstörungslust“, die aus dem Gefühl der eigenen Ohnmacht hervorgeht.

Ein wesentlicher Schlüssel zum Verständnis liegt in dem Gefühl, das viele Wähler\*innen antreibt: abgehängt zu sein oder zu werden. Dieses Empfinden ist vielschichtig. Es kann ein materielles Abgehängtsein meinen, aber auch die Sorge vor Statusverlust oder die Angst, in einer sich rasant wandelnden Welt den Anschluss oder die vertraute Umgebung und Lebenswelt zu verlieren. Viele Menschen haben den Eindruck, dass ihre Lebenswirklichkeit, ihre Sorgen und ihre Werte in den „etablierten“ politischen und medialen Diskursen nicht mehr vorkommen, ja sogar aktiv ausgeblendet oder nicht ernst genommen werden. Wer wahrnimmt, dass die eigene Lebensweise abgewertet wird und dass Qualifikationen durch Digitalisierung an Bedeutung verlieren und eigene Themen in gesellschaftlichen Debatten nicht auftauchen, fühlt sich nicht mehr repräsentiert.



## BRÜCHIGE GEWISSEITEN

ERWARTUNGEN	BRÜCHE	THEMENFELDER
<b>Verdiente Ansprüche</b>	Wahrgenommene Benachteiligung oder Abwertung vs. Verdienst und Selbstbild	Ungerechte Ressourcenverteilung; Wachsende Spaltung zwischen Arm und Reich; „Sonderrechte“ für Minderheiten
<b>Normalitätsvorstellungen</b>	Infragestellung kulturell verankerter Leitbilder vs. vertraute Lebenswelt	Diversität von Lebensentwürfen; neue Qualifikationsanforderungen auf dem Arbeitsmarkt
<b>Stabilität, Kontrolle und Orientierung</b>	Unkontrollierbare Beschleunigung der meisten Veränderungen vs. Rückzug in traditionelle Werte	Digitaler Wandel; Sicherheits- und Klimapolitik; Sicherung der Sozialsysteme
<b>Freie Selbstbestimmung</b>	Empfundene Einschränkung persönlicher Freiheit vs. Recht auch „unwolle“ etc. zu sein	Regulierung etwa der Sprache (z.B. N-Wort) oder Ernährung (z.B. Veggie-Day), Umweltauflagen (z.B. Heizungsgesetz oder Tempolimit) etc.

Quelle: Angelehnt an Mau et al.; Triggerpunkte. 2023, S. 276.

## 2.2 WARUM EINFACHE ANTWORTEN SO VERLOCKEND SIND

Gerade in einer Zeit, in der die Lebensverhältnisse beschleunigt, digitalisiert und unübersichtlicher werden, gewinnt das Bedürfnis nach Stabilität wieder an Bedeutung. Wenn Institutionen, politische Parteien oder Medien diesen Wunsch nicht ernst nehmen, entsteht ein Vakuum, das von Bewegungen gefüllt wird, die einfache Ordnungen und klare Zugehörigkeiten versprechen. Dies wird verstärkt durch die Wahrnehmung, dass die regierenden Parteien in wesentlichen Bereichen uneinig oder sogar nicht handlungsfähig sind, etwa beim Thema Rente oder Fachkräftebedarf.

Der Zulauf zu Protestbewegungen zeigt, dass die politische Spaltung weniger das Ergebnis radikal unterschiedlicher Werte als vielmehr eine Folge unterschiedlicher Erfahrungshorizonte ist. Menschen in prekären Regionen erleben gesellschaftlichen Wandel anders als in wachstumsstarken Städten. Wer sich wirtschaftlich und kulturell an den Rand gedrängt fühlt, reagiert anders auf Forderungen nach Weltoffenheit, als jemand, der davon persönlich profitiert.

Trotz dieser scheinbar unüberbrückbaren Gegensätze zeigen empirische Untersuchungen (siehe im Anhang die Literaturhinweise), dass die Gemeinsamkeiten in zentralen Fragen oft größer sind, als dies erscheint. In wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Themen verbindet die Bevölkerung in Deutschland weit mehr, als der öffentlich aufgeheizte Diskurs vermuten lässt. Viele Menschen teilen ähnliche Sorgen: Dazu gehören fundamentale Fragen wie die nach der Leistungsfähigkeit und Effizienz unserer sozialen Sicherungssysteme vor dem Hintergrund des demografischen Wandels. Es sind Sorgen um den Zusammenhalt im eigenen Dorf oder Stadtteil und die Frage, wie viel kulturelle Diversität eine Gemeinschaft aushalten kann, ohne auseinanderzubrechen. Doch weil politische Kommunikation zunehmend entlang symbolischer Bruchlinien verläuft, überdeckt eine übersteigerte Polarisierung die gemeinsamen Anliegen.

Die besondere Dynamik entsteht nun dadurch, dass diese legitimen, ja geradezu klassisch sozialstaatlichen und gemeinschaftlichen Anliegen von den etablierten Parteien häufig nicht

## KONFLIKTLINIEN IN DER GESELLSCHAFT

KONFLIKTLINIEN	HERAUSFORDERUNG	GESELLSCHAFTLICHE GRUPPEN	WAS HILFT?
Oben-Unten	Verteilungsgerechtigkeit und fairer Wettbewerb	Arbeitnehmende vs. Unternehmer und Reiche	Gerechte Sozialpolitik und Umverteilung
Innen-Außen	Angst vor Überfremdung	Arbeitnehmende vs. Akademiker*innen	Klare Regeln für die Einwanderung mit entsprechenden Integrationsangeboten
Wir-Sie	Mehrheitsmeinung verliert gegenüber meinungsstarken Einzelgruppen	Konservative vs. Progressive	Mehr Toleranz und Verständnis auf beiden Seiten
Heute-Morgen	Abwägungen von aktuellen Problemlösungen gegenüber Interessen zukünftiger Generationen	Ältere vs. jüngere Mitbürger*innen	Sozial ausgewogene Transformation der Gesellschaft

Quelle: Angelehnt an Mau et al.; Triggerpunkte. 2023, S. 402f.

mit der gleichen Direktheit und emotionalen Dringlichkeit aufgegriffen werden wie von der AfD. Stattdessen werden sie oft technokratisch verhandelt, als komplexe Lösungsvorschläge präsentiert oder aus machtpolitischem Interesse vertagt. Um dies am Beispiel der Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten festzumachen: Demokratische Parteien behandeln die Arbeitsmarktintegration oft in Form von Fachkonzepten, Förderprogrammen oder Arbeitsmarktstatistiken. Es gibt eine sehr komplexe Beurteilung des Aufenthaltsstatus, der darüber entscheidet, ob eine Ausbildung oder Beschäftigung aufgenommen werden darf. Dies wird flankiert durch verschiedenste Unterstützungsleistungen wie z.B. Berufssprachkursen. Gleichzeitig werden diese Maßnahmen und Regelungen auch aus machtpolitischen oder wahltaktischen Gründen aufgeschoben oder gekürzt – was die Glaubwürdigkeit untergräbt, dass diese Instrumente dann tatsächlich notwendig sind. Die AfD dagegen greift in zugespitzter Sprache unmittelbare Sorgen von Bürger\*innen auf, etwa den empfundenen Konkurrenzdruck um Beschäftigung. Dadurch schafft sie ein Gefühl von Dringlichkeit und greifbarer Betroffenheit, das im technokratischen Diskurs der anderen Parteien häufig fehlt. Dafür verzichtet die AfD aber weitgehend darauf, konkret umsetzbare Lösungskonzepte vorzulegen.

Richtig ist, dass man die Sorgen der Menschen ernst nehmen muss. Falsch ist, dass es in einer komplexen Welt einfache Antworten darauf gibt.

### **2.3 WIE VERSTÄNDIGUNG NEU ENTSTEHEN KANN**

In diesem Befund steckt eine paradoxe Hoffnung. Wenn es gelingt, die geteilten Anliegen wieder als Basis für einen neuen sozialen Dialog zu begreifen, könnte aus der derzeitigen Spaltung ein produktiver Aufbruch werden. Es geht darum, die legitimen Bedürfnisse hinter dem Protest ernst zu nehmen und gleichzeitig populistische Lösungsvorschläge zurückzuweisen.

Dialog erfordert nicht Einverständnis, sondern Wahrnehmung der unterschiedlichen Lebenslagen. Diese beginnt dort, wo man die wahrgenommenen Bedrohungen des anderen nicht sofort als ideologisch fehlgeleitet abtut, sondern als Ausdruck realer Verunsicherung liest. Debatten müssen meinungsoffen geführt werden und die Komplexität der Themen abbilden. Außerdem braucht es Vertrauen in Politiker\*innen, dass sie dies inhaltlich ausreichend in den Ausschüssen

und in den Parlamenten diskutieren und hierfür die Expertise aus Verbänden und Wissenschaft zur Grundlage nehmen. Derzeit dominieren polarisierende Zuschreibungen: Autofahrer\*innen gegen Klimaschützer\*innen, Migration gegen Tradition, Stadt gegen Land. Hier ist ein Austausch, der die verschiedenen, aber oft berechtigten Interessenlagen wahrnimmt, kaum möglich.

Der gesellschaftliche Konsens über grundlegende Anliegen, wie etwa die Sicherung von Arbeitsplätzen und Sozialsystemen, bietet einen Anknüpfungspunkt. Wenn es gelingt, ihn jenseits von polarisierenden „Lautsprechern“ wieder sichtbar zu machen, liegt darin die Chance auf eine neue Verständigungsbasis. Das erfordert keine Rückkehr zu alten Gewissheiten und populistischen Lösungen, sondern eine Kultur des Zuhörens, die Widerspruch aushält, ohne ihn zu pathologisieren. In diesem Sinn kann der Protest, so sehr er gerade unsere politische Debattenkultur zerstört, auch als ein Signal verstanden werden: Die Gesellschaft braucht neue Formen, ihr „Wir“ zu definieren – plural, aber verbunden. Nur so können Kompromisse gefunden werden.

Die eigentliche Herausforderung besteht also nicht darin, die Wähler\*innen der AfD von ihren „falschen“ Ansichten zu „heilen“, sondern ihnen zu zeigen, dass ihre grundlegenden Anliegen in der demokratischen Mitte gesehen und tatsächlich nur hier in einer realistischen Weise bearbeitet werden können. Wo es gelingt, die konsensfähigen Sorgen hinter den politischen Polarisierungen ernst zu nehmen, liegt der Schlüssel zur Überwindung der Spaltung. Wenn von beiden Seiten Dialogbereitschaft da ist, kann die Verbandsarbeit ein guter Ort für den Austausch über diese Sorgen und über umsetzbare, an Werten orientierte Lösungen darstellen. Diese Ausrichtung und Bereitschaft finden wir allerdings bei der AfD und ihren Mitgliedern nicht.

## KAPITEL 3

# RELEVANZGEWINN DER AFD – WACHSENDE PRÄSENZ IM ÖFFENTLICHEN LEBEN

Die AfD profitiert nicht nur von einer medial und gesellschaftlich aufgeheizten Debatte, sondern auch von einer wachsenden Präsenz in Stadt- und Gemeinderäten, in den Landtagen und im Bundestag. Sie kann mehr Mandatsträger\*innen in Ausschüsse entsenden, dort sogar Vorsitzende stellen und erhält dementsprechend mehr finanzielle Mittel für die parlamentarische Arbeit. Diese Ressourcen nutzt die Partei, um sich über ihre Kernthemen hinaus in weitere Politikfelder einzuarbeiten, etwa in Themen wie Wohnungsbau- politik oder Steuerpolitik. Mit diesen Sachthemen möchte sie sich für die "gesellschaftliche Mitte" wählbar machen.

Die Mitgliederzahlen der Partei sind seit 2021 von etwa 30.000 kontinuierlich auf 70.000 Personen gestiegen.<sup>10</sup> Ebenfalls erwähnenswert ist der

starke Anstieg der Spendeneinnahmen: Die AfD profitiert mittlerweile neben der CDU und der FDP am meisten von Parteispenden natürlicher und juristischer Personen<sup>11</sup>. Das macht deutlich, dass die AfD kein randständiges Politik-Phänomen mehr darstellt, sondern zunehmend als etablierte Kraft im Parlamentarismus wahrgenommen wird. Um den Aufstieg der Partei in Zahlen zu verdeutlichen, sei hier auf die Übersicht der Wahlergebnisse der Landtagswahlen und der Bundestagswahl in den vergangenen Jahren hingewiesen. Hier wird deutlich, dass lediglich in Schleswig-Holstein, den Stadtstaaten Hamburg und Berlin sowie in NRW die Relevanz begrenzt ist. Seit 2023 hat die AfD weder bei einer Landtags- noch bei der Bundestagswahl Verluste eingefahren. Schleswig-Holstein ist zurzeit das einzige Bundesland, in dem die AfD nicht im Landtag vertreten ist.

<sup>10</sup> <https://www.afd.de/tino-chrupalla-alice-weidel-carsten-huetter-afd-begruesst-ihr-70-000-mitglied-ein-deutliches-signal-fuer-den-politischen-wandel/> (Stand: Oktober 2025)

<sup>11</sup> vgl. Gesamtsumme der erhaltenen Großspenden ab 35.000 € nach Parteien im Jahr 2025( Quelle: Deutscher Bundestag, Stand 9.Juli 2025) abrufbar unter : <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/169541/umfrage/parteispenden-nach-parteien/>



## AKTUELLE WAHLERGEBNISSE DER AFD

Wahlergebnisse bei den letzten Wahlen zu Landesparlamenten, dem Bundestag und dem Europäischen Parlament

Bei nicht aufgeführten Wahlen ist die Partei nicht mit einer Landesliste angetreten<sup>12</sup>.

Wahl	Datum	Prozentualer Anteil	
		Anteil	Gewinn/Verlust
Sachsen-Anhalt	06.06.2021	20,8%	-3,4%
Mecklenburg-Vorpommern	26.09.2021	16,7%	-4,1%
Saarland	27.03.2022	5,7%	-0,5%
Schleswig-Holstein	08.05.2022	4,4%	-1,5%
Nordrhein-Westfalen	15.05.2022	5,4%	-1,9%
Niedersachsen	09.10.2022	11,0%	+4,8%
Berlin	27.02.2023	9,1%	-5,1%
Bayern <sup>1</sup>	08.10.2023	14,6%	+4,4%
Hessen	08.10.2023	18,4%	+5,3%
Europäisches Parlament	09.06.2024	15,9%	+4,9%
Sachsen	01.09.2024	30,6%	+3,1%
Thüringen	01.09.2024	32,8%	+9,4%
Brandenburg	22.09.2024	29,2%	+5,7%
Bundestag	23.02.2025	20,8%	+10,4%
Hamburg <sup>2</sup>	02.03.2025	7,5%	+2,2%
Baden-Württemberg	08.03.2026	18,8 %	+9,1 %
Rheinland-Pfalz	22.03.2026	19,5 %	+11,2 %

Die Tabelle zeigt die Wahlergebnisse der Partei AfD zwischen dem 06.06.2021 und dem 22.03.2026. Bei 10 von 17 Wahlantritten der Partei in diesem Zeitraum steigerte sich der prozentuale Anteil der Partei an den gültigen Stimmen im Vergleich zur vorherigen Wahl. Das höchste Ergebnis erzielte die Partei mit 32,8% bei der Wahl in Thüringen 2024, das niedrigste mit 4,4% bei der Wahl in Schleswig-Holstein 2022.

Fußnote 1 Bayern: Gesamtstimmen (bis zu zwei Stimmen je Wähler)

Fußnote 2 Hamburg: Landesstimmen (bis zu fünf Stimmen je Wähler)

Quelle: Die Bundeswahlleiterin und Landeswahlleitungen.

<sup>12</sup> Zahlen entstammen der Website der Bundeszentrale für politische Bildung und sind in dieser Orientierungshilfe gekürzt dargestellt, die absoluten Stimmzahlen sind nicht aufgeführt, können aber unter dem Link nachgelesen werden unter: <https://www.bpb.de/themen/parteien/parteien-in-deutschland/afd/273131/wahlergebnisse-und-waehlerschaft-der-afd/>

## KAPITEL 4

# DAS MENSCHENBILD DER AFD

Die AfD stellt sich in ihren Programmen gegen eine offene, vielfältige und gleichberechtigte Gesellschaft. Anhand konkreter Aussagen aus ihrem Programm wird deutlich, warum ihre Positionen als menschenfeindlich, rassistisch und demokratiegefährdend einzuordnen sind.

### 4.1 DAS MENSCHENBILD BASIERT AUF VÖLKISCHEM DENKEN

Bezugsgröße für das politische Handeln der AfD ist das „deutsche Volk“. Das „Volk“ wird vorwiegend über Abstammung definiert. Die AfD definiert Zugehörigkeit nicht staatsbürgerlich, sondern ethnisch-abstammungsmäßig. Demnach gehören Menschen, die nicht in Deutschland geboren wurden oder deren Vorfahren zugewandert sind, qua Definition nie wirklich dazu und sind somit auch nicht gleichberechtigt zu behandeln. Ein derartiges Verständnis von Staatsbürgerschaft hätte zur Folge, dass bestimmten Bevölkerungsgruppen ihre Rechte als deutsche Staatsbürger\*innen abgesprochen und dass sie zu Menschen zweiter Klasse degradiert werden. Das widerspricht der Universalität der Menschenwürde aus Art. 1 GG sowie dem Gleichheitssatz des Art. 3 GG, die alle Menschen unabhängig von Herkunft oder Staatsangehörigkeit schützen. Eine

Politik, die systematisch bestimmte ethnisch oder kulturell definierte Gruppen ausgrenzt, ist verfassungswidrig.

Besonders greifbar wurden mögliche Konsequenzen eines solchen Denkens, als im Januar 2024 das „Potsdamer Geheimgespräch“<sup>13</sup> öffentlich wurde, bei dem es um einen „Masterplan zur Remigration“ ging. Dieser hat unter anderem zum Ziel, „nicht assimilierte Staatsbürger“ zum Auswandern zu bewegen.<sup>14</sup> Rechtsextreme verwenden den Begriff Remigration „als Euphemismus für die Forderung nach massenhaften Ausweisungen von Menschen mit Migrationshintergrund“<sup>15</sup>. Die Veröffentlichung der Recherche zum „Potsdamer Geheimgespräch“ führte zur größten Protestwelle in der bundesrepublikanischen Geschichte.

### 4.2 MIGRANT\*INNEN WERDEN KOLLEKTIV ABGEWERTET UND KRIMINALISIERT

Besonders sichtbar wird das rassistisch-völkische Denken der AfD in der Asyl- und Migrationspolitik. Die Partei nutzt rassistische Unterscheidungen und Menschenbilder bewusst zur Begründung für das eigene politische Handeln, das aktiv Menschen ausschließt. Im Zusammenhang mit der AfD wird von Neorassismus gesprochen: Anstatt Ausgrenzung, Hierarchisierung und Abwertung mit „der Rasse“ zu begründen, werden „Kultur“ und Religion als Unterscheidungsmerkmale herangezogen. So schreibt die AfD in ihrem Grundsatzprogramm: „Unser aller Identität ist vorrangig kulturell determiniert.“<sup>16</sup> Die Logik der Hierarchisierung und Ausgrenzung bleibt dieselbe. Gleichzeitig zeigt die Partei durch andere Äu-

**VÖLKISCH** – dahinter steckt die Idee, dass Menschen nur zusammenleben können, wenn sie dieselbe Herkunft haben. Das Ziel der völkischen Bewegung ist eine vermeintlich (ethnisch) „reine“ Gemeinschaft. Damit geht die Vorstellung einher, dass „das Volk“ durch Fremde bedroht wird. Fremd können in diesem Kontext Menschen anderer Herkunft, aber auch anderer politischer Gruppierungen sein.

<https://correctiv.org/aktuelles/neue-rechte/2025/02/20/14-beispiele-fuer-voelkisches-denken-in-der-afd/>  
<https://correctiv.org/aktuelles/neue-rechte/2025/02/20/14-beispiele-fuer-voelkisches-denken-in-der-afd/>

<sup>13</sup> An diesem Treffen waren neben AfD-Mitgliedern, wie z.B. dem ehemaligen persönlichen Referenten der AfD-Parteivorsitzenden Alice Weidel auch Personen beteiligt, die nicht Mitglied der AfD sind. Die Thematik wird an dieser Stelle aufgeführt, um die Folgen und Dimensionen völkischen Denkens aufzuzeigen; <https://correctiv.org/aktuelles/neue-rechte/2024/01/10/geheimplan-remigration-vertreibung-afd-rechtsextreme-november-treffen/>, 11.03.2026

<sup>14</sup> Sich assimilieren bedeutet, bisherige Gewohnheiten und kulturelle Praktiken abzulegen und sich komplett einer anderen Norm, Gemeinschaft oder Kultur anzupassen. In diesem Kontext ist davon auszugehen, dass mit nicht-assimiliert all jene gemeint sind, die sich nicht den Normen und Werten von AfD und anderen rechtsextremen Akteur\*innen anpassen.

<sup>15</sup> <https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/glossar-migration-integration/270628/rueckwanderung/>

ßerungen und Positionierungen zu Religion und Kultur, dass sie damit vor allem nicht-europäische und nicht-christliche Migrant\*innen meint.

### **Schüren von Angst vor Migration**

Auf Basis des beschriebenen rassistischen Menschenbildes zeichnet die AfD Migrant\*innen und Geflüchtete als existenzielle Gefahr für die deutsche Gesellschaft. Dies wird besonders in ihren Aussagen zur Fluchtmigration deutlich, in deren Kontext die AfD diese als „Gefahr [...] eines schleichenden Erlöschens der europäischen Kulturen“<sup>17</sup> darstellt, gegen die sie ankämpfen möchte. Diese Aussagen erinnern an die Verschwörungserzählung des „Großen Austausches“ der Identitären Bewegung, die behauptet, „[d]as sogenannte deutsche [...] Volk würde gezielt ausgetauscht und durch Migrant\*innen und deren Nachkommen ersetzt.“<sup>18</sup>

Im Grundsatzprogramm der AfD und in ihrem Programm zur Bundestagswahl 2025 wird zudem weniger von Migration, Fachkräfteeinwanderung oder Flucht gesprochen, vielmehr werden Migrationsbewegungen pauschal als Massenmigration, Masseneinwanderung oder gar Völkerwanderung bezeichnet.

Damit bedient sich die AfD eines klassischen Musters rechtspopulistischer Sprache, die Menschen als anonyme Masse oder als eine Art „Naturgewalt“ darstellt. Diese entmenschlichende Sprache will Assoziationen wie „existenzielle Gefahr“ oder „Unkontrollierbarkeit“ hervorrufen und Ängste schüren.

Darüber hinaus behauptet die AfD, der Großteil geflüchteter Menschen habe keinen Anspruch auf Schutz und das Asylrecht sei ein „Vehikel der Masseneinwanderung“<sup>19</sup>. Diese Aussage ist nicht belegbar. Sie stellt zudem die Regelungen der Genfer Flüchtlingskonvention infrage, ein weltweites Abkommen zum Schutz geflüchteter Menschen. Diese Konvention entstand vor dem Hintergrund des Zweiten Weltkriegs, als Menschen Gewalt und Tod ausgeliefert waren, weil sie nirgends Schutz fanden.

Wenn von **RASSISMUS** gesprochen wird, ist damit eine pseudowissenschaftliche Theorie gemeint, die im Zuge der europäischen Kolonialisierung entstanden ist und bis heute in Sprache, Wissen und gesellschaftlichen Erzählungen fortwirkt. Rassismus basiert auf der Annahme, es gebe unterschiedliche „Rassen“, also biologisch unterscheidbare Arten von Menschen. Daher wurden Menschen entlang äußerlicher Merkmale, insbesondere der Hautfarbe, kategorisiert. Diesen Kategorien wurden bestimmte Eigenschaften zugeschrieben, anhand derer Menschen hierarchisch in wertvoll, minderwertig oder schlecht eingeteilt wurden. Konkret ging der Rassismus davon aus, dass weiße Menschen klüger, rationaler und insgesamt wertvoller seien als andere Menschengruppen. Nichtweißen Menschen wurden hingegen negative Eigenschaften zugeschrieben. Auf diese Weise ließen sich Ausbeutung, Versklavung, Entrechtung und Völkermord ideologisch legitimieren und moralisch rechtfertigen.

Auch wenn heutige demokratische Gesellschaften weitestgehend das Ziel haben, Rassismus zu bekämpfen, wirken diese Strukturen noch immer fort. Sie führen dazu, dass Menschen weiterhin rassistische Diskriminierung erfahren. Da wir alle in einer Gesellschaft groß geworden sind, in der rassistische Bilder, Begriffe und Wissensbestände präsent sind, tragen auch wir unbewusst rassistische Denkmuster, Sprache oder Vorurteile in uns.

<sup>16</sup> Grundsatzprogramm der AfD, S. 46

<sup>17</sup> Grundsatzprogramm der AfD, S.59

<sup>18</sup> <https://www.bpb.de/themen/rechtsextremismus/dossier-rechtsextremismus/549525/die-erzaehlung-vom-grossen-austausch/26.01.2026>

<sup>19</sup> Grundsatzprogramm der AfD, S. 58



Die **IDENTITÄRE BEWEGUNG** ist eine Gruppierung neu-rechter und rechtsextremer Aktivist\*innen, die sich Ende 2012 auch in Deutschland formierte. Sie stützt sich auf das Konzept des Ethnopluralismus, bei dem ethnische Zugehörigkeit nicht biologisch, sondern über gemeinsame kulturelle Hintergründe bestimmt wird. Durch bewusst provokante Aktionen versuchen ihre Anhänger\*innen, rassistische Einstellungen zu verbreiten. Dabei sehen sie sich selbst als vermeintliche Verteidiger\*innen der „abendländischen Kultur“, die ihrer Ansicht nach durch den Islam gefährdet sei. Die Bewegung strebt nach eigener Darstellung eine „kulturell-geistige Revolution“ an und positioniert sich als Gegenpol zum Liberalismus. In ihrem Manifest fordert die Identitäre Bewegung Deutschland (IBD), Begriffe wie Tradition, Heimat, Familie, Kultur, Volk, Staat, Ordnung oder Schönheit wieder als positive und erstrebenswerte Werte zu etablieren. Tatsächlich vertritt die Gruppe jedoch islamfeindliche, rassistische und antidemokratische Positionen, die sie in einem popkulturellen Stil präsentiert und mit spektakulären Aktionen inszeniert.<sup>20</sup>

### **Kriminalisierung von Migrant\*innen**

Ferner stellt die AfD Migrant\*innen beziehungsweise Ausländer\*innen als Hauptursache für Kriminalität dar. Diese sei laut AfD unter anderem aufgrund ihrer „Einbettung in [...] kulturelle Strukturen“<sup>21</sup> besonders schwer zu bekämpfen. Hier zeigen sich die bereits beschriebenen neo-rassistische Denkmuster: Menschen werden auf eine angeblich unveränderbare Kultur reduziert, der bestimmte – auch kriminelle – Eigenschaften zugeschrieben werden. Kriminalität wird dabei vor allem den Kulturen von Ausländer\*innen zugeschrieben. Damit einhergehend macht die AfD Geflüchtete neben der „ansteigende[n] Kriminalität“ auch für die „Gefährdung der sozialen Sicherungssysteme und des Wohnungsmarktes“<sup>22</sup> verantwortlich. Widersprüchlich ist, dass die AfD Geflüchteten einerseits vorwirft, Leistungen der sozialen Sicherungssysteme in Anspruch zu nehmen, und ihnen andererseits den Zugang zum Arbeitsmarkt verwehren will, obwohl Geflüchtete so ihren Lebensunterhalt selbst bestreiten könnten. Im Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2025 sticht besonders hervor, dass die AfD den Begriff „Remigration“ als Ziel ihrer Asyl- und Migrationspolitik festschreibt.<sup>23</sup>

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die AfD systematisch Menschen mit Migrationsgeschichte abwertet und überwiegend als Gefahr für die einheimische Bevölkerung darstellt. Diese Positionen sind rassistisch, da sie eng mit äußerlichen Merkmalen wie Hautfarbe verknüpft werden, und gefährlich, weil sie Menschen aufgrund ihrer äußeren Erscheinung stigmatisieren. Nicht-weiße Menschen werden so als Bedrohung und als nicht zugehörig zur deutschen Gesellschaft dargestellt. Wie verbreitet diese Einstellungen sind, zeigt die Mitte-Studie: 70 Prozent der AfD-Anhängerschaft stimmen den beschriebenen Haltungen zu, 23 Prozent befürworten ausdrücklich Gewalt, um politische Interessen durchzusetzen.<sup>24</sup>

<sup>20</sup> <https://www.bpb.de/themen/rechtsextremismus/dossier-rechtsextremismus/500787/identitaere-bewegung/>, 11.03.2026

<sup>21</sup> Grundsatzprogramm der AfD, S. 46

<sup>22</sup> Bundestagswahlprogramm der AfD, S. 100

<sup>23</sup> Vgl. Kapitel 4.1

<sup>24</sup> Zick, Andreas & Eden, Marco (2024). Mitte, rechtsaußen oder rechtsdraußen? Bericht zu den Einstellungen der AfD-Anhängerschaft in der Mitte-Studie 2022/23. Bielefeld: Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld, <https://blogs.uni-bielefeld.de/blog/ikgblog/mediaresource/e2727da7-7a31-42af-910c-9c39ba3b4e81>, 11.03.2026

### **WIE SPRICHT MAN RASSISMUSSENSIBEL MIT UND ÜBER MENSCHEN?**

Wer sich über diese Frage noch nie Gedanken gemacht hat, ist sehr wahrscheinlich Teil der weißen Mehrheitsgesellschaft und nicht darauf angewiesen, sich mit solchen Themen auseinanderzusetzen. Dabei ist es nicht verwerflich, wenn man sich unsicher ist, welcher Begriff gerade passend ist. Wichtig ist, die Perspektive Betroffener zu hören und sich nicht mit „man darf ja nichts mehr sagen“ zurückzuziehen, sondern anzuerkennen, dass Begriffe wie das N-Wort für viele Schwarze Menschen eine andauernde Wiederholung rassistischer (Gewalt-) Erfahrungen sind.

Sprache spiegelt nicht nur unsere gesellschaftliche Realität wider, sondern formt sie aktiv mit – sie beeinflusst, wie wir die Welt sehen, denken und handeln. Daher ist es wichtig, sich immer wieder damit auseinanderzusetzen, wie man mit und über Menschen spricht, ohne dass sie ausgegrenzt oder herabgewürdigt werden. Da Sprache und Gesellschaft sich ständig verändern, verändern sich auch die Diskussionen und Ansätze dazu, wie Menschen gut miteinander und übereinander sprechen können. Begriffe und Bezeichnungen sind damit immer auch ein Abbild aktueller gesellschaftlicher Entwicklungen und Diskurse. Viele verwendete Begriffe und Kategorien sind historisch direkt mit kolonialer Ausbeutung, stereotypen Zuweisungen und rassistischer Gewalt verknüpft und sollten deshalb nicht benutzt werden.

Grundsätzlich ist es immer gut, Menschen im persönlichen Gespräch nach ihrer Selbstbezeichnung zu fragen. Allerdings lässt es sich manchmal nicht vermeiden, über Personen zu sprechen oder zu schreiben. Daher werden im Folgenden verschiedene (Selbst-)Bezeichnungen erklärt, die sich unter von Rassismus betroffenen Menschen und in der Wissenschaft etabliert haben. Da die Debatten und die Forschung zu Rassismus im englisch-sprachigen Raum eine längere Geschichte und einen größeren Stellenwert als beispielsweise in Deutschland haben, wurden viele Selbstbezeichnungen aus dem Englischen übernommen.

*Schwarz/ Schwarze Menschen* ist eine Selbstbezeichnung und beschreibt Menschen, die von Rassismus betroffen sind. Schwarz wird großgeschrieben, um zu verdeutlichen, dass es sich um ein konstruiertes Zuordnungsmerkmal handelt und keine reelle „Eigenschaft“, die auf die Farbe der Haut zurückzuführen ist. Schwarz sein bedeutet in diesem Kontext, in einer rassistisch strukturierten Gesellschaft auf eine bestimmte Art und Weise wahrgenommen zu werden.<sup>25</sup>

*weiß*: Auch diese Bezeichnung ist keine Beschreibung von Hautfarbe, sondern benennt die Menschen, die nicht von rassistischer Diskriminierung betroffen sind. Damit gehen Privilegien und Macht einher, die Schwarzen Menschen nicht zugänglich sind. Um deutlich zu machen, dass es nicht um eine (Haut-)Farbe, sondern eine gesellschaftliche Positionierung geht, wird das Wort in Texten klein und kursiv geschrieben.

*PoC (People of Color, Singular Person of Color)*: Gemeint ist nicht die Hautfarbe, sondern die Erfahrung, in einer mehrheitlich weißen Gesellschaft als nicht dazu gehörig, z. B. als „nichtdeutsch“ wahrgenommen zu werden. „Die Abkürzung „B(I)PoC“ bezieht sich auf Schwarze, Indigene und People of Color. Mit dem Begriff sollen explizit Schwarze und indigene Identitäten sichtbar gemacht werden, um Antischwarzem Rassismus und der Unsichtbarkeit indigener Gemeinschaften entgegenzuwirken. Der Begriff soll die spezifische Gewalt, kulturelle Auslöschung und Diskriminierung hervorheben, die Schwarze und indigene Menschen erfahren. Außerdem versucht er, die oben genannten Communities zu vereinen. Trotzdem soll die Tatsache unterstrichen werden, dass nicht alle People of Color die gleichen Erfahrungen machen, insbesondere wenn es um systemische Unterdrückung geht.“<sup>26</sup>

<sup>25</sup> Vgl. Jamie Schearer, Hadija Haruna, Initiative Schwarze Menschen in Deutschland (ISD), Über Schwarze Menschen in Deutschland berichten, Blogbeitrag, 2013 zit. nach Amnesty International: <https://www.amnesty.de/glossar-fuer-diskriminierungssensible-sprache>, 05.03.2025

<sup>26</sup> <https://vielfalt.uni-koeln.de/antidiskriminierung/glossar-diskriminierung-rassismuskritik/bipoc>, 10.03.2026

### 4.3 ISLAM UND MUSLIM\*INNEN ALS FEINDBILDER

Etwa 5,5 Mio. Muslim\*innen leben in Deutschland, das entspricht rund sechs Prozent der Gesamtbevölkerung. In ihrem Grundsatzprogramm stellt die AfD diese Menschen als Bedrohung dar: „Der Islam gehört nicht zu Deutschland. In seiner Ausbreitung und in der Präsenz einer ständig wachsenden Zahl von Muslimen sieht die AfD eine große Gefahr für unseren Staat, unsere Gesellschaft.“<sup>27</sup> Im Bundestagswahlkampf 2025 betonte die Partei, dass es Aufgabe der Regierungen und Parlamente sei, Maßnahmen gegen die „Islamisierung“ zu finden.<sup>28</sup> Der Begriff der „Islamisierung“ zeigt dabei eine enge Anbindung an die schon erwähnte Verschwörungstheorie des „Großen Austausches“. In diesem Kontext wird behauptet, es gäbe einen Plan, muslimische Menschen in ein Land oder eine Region zu holen, um die dortige Bevölkerung zu ersetzen. Wahlweise wird kolportiert, Muslim\*innen hätten es sich zum Ziel gesetzt, Deutschland zu einem islamischen Land zu machen. Zusätzlich werden Muslim\*innen im Grundsatzprogramm als Menschen mit „unterdurchschnittlichem Bildungsniveau“ diskreditiert.<sup>29</sup>

Um zu suggerieren, dass Muslime nicht zum „deutschen Volk“ gehören, stellt die Partei dem Islam die „abendländische christliche Kultur“<sup>30</sup> gegenüber, die es zu verteidigen gelte. Die Deutsche Bischofskonferenz weist jedoch ausdrücklich auf Folgendes hin: „Ohne die christliche Prägung Europas in Abrede zu stellen, kann man bezweifeln, ob ein ‚christliches Abendland‘ – in der behaupteten kulturellen und religiösen Homogenität – je existiert hat. Europa fußt vielmehr auf Werten, die sich angesichts einer Vielzahl von Kulturen und Glaubensüberzeugungen entfaltet haben.“<sup>31</sup> Ebenso wie das Christentum besteht der Islam aus einer Vielzahl an Strömungen und Konfessionen und bildet keine homogene Einheit, auch wenn dies von der AfD anders dargestellt wird.

Die von der AfD propagierten Narrative in Bezug auf Menschen muslimischen Glaubens werden in der Wissenschaft wie bereits erwähnt als Neorassismus und konkret als antimuslimischer Rassis-

mus eingeordnet. Auch hier gilt: Anstelle offen rassistischer Kategorien wie „Rasse“ wird von der AfD auf Religion oder Kultur Bezug genommen. Die Argumentationsmuster bleiben jedoch die gleichen – Menschen werden hierarchisiert, abgewertet und sollen damit aus der Gemeinschaft ausgeschlossen werden.

### 4.4 ABWERTUNG VON VIELFALT UND GLEICHBERECHTIGUNG

Im Bundestagswahlprogramm der AfD finden sich widersprüchliche Signale: Einerseits bekennt sich die Partei zu humanistischen Werten, andererseits verurteilt sie konsequent Lebensentwürfe und Lebensrealitäten, die ihr nicht genehm sind. Besonders Menschen aus der LGBTQIA+-Community werden häufig zur Zielscheibe. Der Einsatz für die Rechte von Trans-Menschen wird als „Trans-Kult“<sup>32</sup> bezeichnet. Gleichzeitig wird behauptet, es bestünde die Gefahr, dass „[u]nsere Kinder zum Spielball der sexuellen Neigungen einer lauten Minderheit werden.“<sup>33</sup> Auf diese Weise werden die Errungenschaften und der Einsatz für die Rechte von queeren Minderheiten diskreditiert und somit eine weitere gesellschaftliche Minderheit ausgegrenzt und entmenschlicht.

Auch Gleichstellungsbestrebungen werden abgewertet und Vielfalt als „ideologisches Thema“ bezeichnet.<sup>34</sup> Das Grundsatzprogramm konkretisiert: „Die Ideologie des Multikulturalismus, die importierte kulturelle Strömungen auf geschichtsblinde Weise der einheimischen Kultur gleichstellt und deren Werte damit zutiefst relativiert, betrachtet die AfD als ernste Bedrohung für den sozialen Frieden und für den Fortbestand der Nation als kulturelle Einheit.“<sup>35</sup> Damit wird die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen aus unterschiedlichen Herkunftsländern in Frage gestellt – teilweise sogar negiert. Idealerweise, so suggeriert die Partei, sollte es im Alltag möglichst wenig spürbar sein, dass Menschen verschiedener Nationalitäten in Deutschland leben oder Menschen eine kulturelle Identität jenseits der von der AfD propagierten „deutschen Volksidentität“ entwickeln: „Assimilation als weitestgehende Form der Integration ist [...] anzustreben [...]“<sup>36</sup>

Dabei sind Vielfalt und Heterogenität Grundpfeiler einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft. Menschen sprechen unterschiedliche Sprachen und Dialekte, sie leben in Städten oder auf dem Land, stammen aus Arbeiter\*innen- oder Akademiker\*innenfamilien oder sind im Handwerk groß geworden. Manche bleiben ihr Leben lang am gleichen Ort, andere ziehen mehrfach um – innerhalb der Stadt, ins Nachbarland oder tausende Kilometer weit weg. Menschen entscheiden sich für Partnerschaften oder dagegen, identifizieren sich als Mann, Frau oder non-binär, bekommen Kinder oder nicht. Nur wenn all dies Raum hat, kann eine Gesellschaft offen und demokratisch sein. Schließt sich der Raum für einige von ihnen, wird es irgendwann für alle eng.

<sup>27</sup> Grundsatzprogramm der AfD, S. 49

<sup>28</sup> Antimuslimischer Rassismus ist weit über die AfD hinaus verbreitet. Laut Bericht des Expert\*innenkreises Muslimfeindlichkeit, der im Auftrag des Bundesinnenministeriums erstellt wurde, stimmte etwa jede zweite Person in Deutschland muslimfeindlichen Aussagen zu. Allerdings ist es ein erheblicher Unterschied, wenn eine Partei dies explizit zu ihrer Programmatik erhebt und ihre politischen Ziele danach ausrichtet. Vgl. dazu Bericht des Unabhängigen Expertenkreises Muslimfeindlichkeit, S. 8 ([www.deutsche-islam-konferenz.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Studien/uem-abschlussbericht.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=11, 17.03.3036](http://www.deutsche-islam-konferenz.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Studien/uem-abschlussbericht.pdf?__blob=publicationFile&v=11, 17.03.3036))

<sup>29</sup> Grundsatzprogramm der AfD, S. 42

<sup>30</sup> Grundsatzprogramm der AfD, S. 6

<sup>31</sup> Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz (Hg.): Dem Populismus widerstehen. Arbeitshilfe zum kirchlichen Umgang mit rechtspopulistischen Tendenzen, S.48

#### 4.5 ABLEHNUNG VON INKLUSION

Im Grundsatzprogramm der AfD sowie im Bundestagswahlprogramm 2025 spielen Menschen mit Behinderungen kaum eine Rolle. Ihre Lebenslagen und konkreten Bedarfe sind scheinbar nicht von Belang. Inklusion, vor allem im Schulkontext, wird jedoch als „ideologisch motiviert“<sup>37</sup> abgewertet.

Jan Riebe analysiert in seinem Artikel „Ideologieprojekt Inklusion. Positionierungen der AfD zu Inklusion als Ausdruck ihres rechtsextremen Weltbildes“ das Grundsatzprogramm sowie Wahlprogramme und Aussagen von AfD-Politiker\*innen. Er kommt zu folgendem Schluss: „Die Wahlprogramme benennen Schüler\*innen mit Behinderungen als Belastung der Gesellschaft und des Bildungssystems. Teilhabe in Form von Inklusion wird teils für Kostenexplosionen wie für schlechte Schulleistungen deutscher Schüler\*innen verantwortlich gemacht. Die AfD ist aber nicht einfach bei den Gegner\*innen der Inklusion zu verorten. Ihr geht es auch nicht um das beste Konzept, wie Menschen mit Behinderung volle gesellschaftliche Teilhabe gewährt werden kann. Für die AfD ist Inklusion Teil eines Kulturkampfes.“<sup>38</sup>

Bereits 2018 löste eine Kleine Anfrage der AfD im Bundestag unter Menschen mit Behinderungen Besorgnis aus. Zunächst wurde erfragt, wie sich die Zahl „schwerbehinderter Menschen“ entwickelt habe. In weiteren Fragen wurde impliziert, dass ein Zusammenhang zwischen den Zahlen, „Heirat innerhalb der Familie“ und der Migrationsgeschichte der Menschen bestehen und ein maßgeblicher Grund für Behinderung sein könnte.<sup>39</sup> Sozialverbände reagierten empört: „Wir sind entsetzt über die Anfrage der AfD im Deutschen Bundestag zur Schwerbehinderung in Deutschland. [...] Wir rufen die Bevölkerung auf, wachsam zu sein und sich entschlossen gegen diese unerträgliche Menschen- und Lebensfeindlichkeit zu stellen. Wir sagen ‚Nein‘ zu jeder Abwertung von Menschen mit Behinderung und zu jeglicher Form des Rassismus. Ideologien der Ungleichwertigkeit menschlichen Lebens haben keinen Platz in diesem Land.“<sup>40</sup>

Äußerungen von AfD-Politiker\*innen verdeutlichen die ablehnende Haltung weiter. Björn Höcke, Landeschef in Thüringen, forderte etwa 2023, Schulen müssten von „Ideologieprojekten“ wie der Inklusion befreit werden. Bemerkenswert: Er leitete die Aussage mit dem Hinweis ein, „gesunde Gesellschaften haben gesunde Schulen“.<sup>41</sup> Im Umkehrschluss würde dies bedeuten, dass Schulen, an denen behinderte Schüler\*innen gleichberechtigt unterrichtet werden, keine gesunden Schulen seien und somit keine gesunde Gesellschaft möglich sei. Diese Argumentation zeigt eine gefährliche Nähe zur Eugenik der Nationalsozialist\*innen.

Erst Anfang 2026 entgleiste zudem dem Co-Vorsitzende des AfD-Landesverbands Baden-Württemberg Emil Sänze, als er über den bayerischen Ministerpräsidenten sagte: „Ich meine, Söder ist ja nicht nur körperlich behindert, auch manchmal geistig, meine Damen und Herren. Aber wir lassen ihn leben – er ist ja immer mal wieder witzig.“<sup>42</sup>

#### WAS IST INKLUSION?

Alle Menschen sind unterschiedlich. Inklusion bedeutet, die Gesellschaft so zu gestalten, dass alle mit all ihren Unterschieden gleichberechtigt mitmachen können. Ob beim Lernen, Arbeiten, in der Politik oder im Alltagsleben: Inklusion ist, wenn niemand ausgeschlossen wird. Zum Beispiel, wenn Kinder mit und ohne Behinderungen zusammen in der Schule lernen. Oder wenn Rampen dafür sorgen, dass auch Menschen im Rollstuhl sich überall hinbewegen können. Das heißt: Nicht das Individuum muss sich an vorhandene Strukturen anpassen und mit Barrieren leben. Vielmehr muss die Gesellschaft Barrieren abbauen und Strukturen schaffen, damit alle Menschen am gesellschaftlichen Leben teilhaben können.

[https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/Redaktion/Publikationen/Weitere\\_Publikationen/LPB\\_Inklusion.pdf](https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/Redaktion/Publikationen/Weitere_Publikationen/LPB_Inklusion.pdf)

<sup>32</sup> Bundestagswahlprogramm der AfD, S. 150.

<sup>33</sup> Grundsatzprogramm der AfD, S.54

<sup>34</sup> Programm der AfD zur Bundestagswahl 2025, S. 174

<sup>35</sup> Grundsatzprogramm der AfD, S. 47

<sup>36</sup> Grundsatzprogramm der AfD, S. 63

<sup>37</sup> Grundsatzprogramm der AfD, S. 54

<sup>38</sup> Riebe, Jan (2024). „Ideologieprojekt Inklusion“: Positionierungen der AfD zu Inklusion als Ausdruck ihres rechtsextremen Weltbildes. In: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (Hg.). Wissen schafft Demokratie. Schwerpunkt Behindernde Gesellschaft, Band 15. Jena, 30–45.

<sup>39</sup> <https://dserver.bundestag.de/btd/19/014/1901444.pdf>, 03.03.2026

<sup>40</sup> <https://www.asb-nrw.de/anzeigenaktion-wachsam-sein-fuer-menschlichkeit/>, 26.01.2026

<sup>41</sup> [https://www.youtube.com/watch?v=KLMnO13\\_iRM](https://www.youtube.com/watch?v=KLMnO13_iRM), 27.01.2026

<sup>42</sup> <https://www.welt.de/politik/deutschland/article696fac8ab-389d63113e6a5be/beleidigung-soeder-ist-ja-nicht-nur-koerperlich-behindert-auch-geistig-sagt-der-afd-politiker.html>, 27.01.2026

## KAPITEL 5

# AUSSAGEN DER AfD ZU AUSGEWÄHLTEN POLITIKBEREICHEN

Ebenso wie die anderen im Bundestag vertretenen Parteien positioniert sich die AfD zu aktuellen politischen Entwicklungen, die regelmäßig medial abgebildet werden. Langfristige Linien lassen sich hingegen vor allem auf Basis des bestehenden Grundsatzprogramms erkennen, das im Frühjahr 2016 verabschiedet wurde. Auch die Programme zu Europa-, Bundestags- und Landtagswahlen geben wichtige Aufschlüsse über Denken und Ziele der AfD. Im Folgenden werden konkrete Standpunkte der AfD zu ausgewählten Politikfeldern dargestellt und aus Sicht von Kolping eingeordnet.



### 5.1 DEUTSCHLAND UND EUROPA

Mit Blick auf den Prozess der europäischen Integration betont die AfD die Bedeutung des Nationalstaates. So könnten „größtmögliche individuelle und kollektive Freiheitsrechte“ nur mit einem souveränen Nationalstaat erreicht werden. Konkret heißt es im Grundsatzprogramm der AfD:

„Unser Ziel ist ein souveränes Deutschland, das die Freiheit und Sicherheit seiner Bürger garantiert, ihren Wohlstand fördert und seinen Beitrag zu einem friedlichen und prosperierenden Europa leistet. [...]

Die Vision eines europäischen Großstaates läuft zwangsläufig darauf hinaus, dass die EU-Einzelstaaten mit den sie tragenden Völkern, ihre nationale Souveränität verlieren. Aber nur die nationalen Demokratien, geschaffen durch ihre Nationen in schmerzlicher Geschichte, vermögen ihren Bürgern die nötigen und gewünschten Identifikations- und Schutzräume zu bieten. Nur sie ermöglichen größtmögliche individuelle und kollektive Freiheitsrechte. Nur sie können diese hinreichend sichern. [...]

Die Versprechen, durch multinationale Großstaaten und internationale Organisationen einen Ersatz für funktionierende demokratische Nationalstaaten zu schaffen, werden nicht eingehalten und sind nicht einhaltbar. Es handelt sich dabei um ideengeschichtlich alte Utopien. Sie zu realisieren, hat stets großes Leid über die Menschen gebracht. Stabile demokratische Nationalstaaten sind das Fundament einer friedlichen Weltordnung.“<sup>43</sup>

**Einordnung:** Die AfD unterstellt, dass nur durch den klassischen Nationalstaat Freiheit und Sicherheit der Bürger\*innen garantiert werden könnten.

<sup>43</sup> Grundsatzprogramm der AfD, S. 17 sowie 32 und 33



Die Idealvorstellung der AfD ist ein Land, das sich von anderen Staaten abgrenzt, auf nationale Egoismen setzt und eine Zusammenarbeit mit anderen Staaten in staatsübergreifenden Politikfeldern, etwa der Verteidigung, ablehnt.

Die AfD lässt unerwähnt, dass die europäische Einigung als Antwort auf die Gräueltaten zweier Weltkriege entstand, die durch übersteigerten Nationalismus hervorgerufen wurden. Zentrales Bestreben des deutschen Bundeskanzlers Konrad Adenauer und des französischen Staatspräsidenten Charles de Gaulle war seit den 1950er Jahren die Aussöhnung zwischen den Völkern Europas. Staaten sollten zusammenarbeiten und nicht mehr gegeneinander agieren, indem sie nationale Interessen nicht mehr kriegerisch durchsetzen, sondern sich wirtschaftlich verzahnten. Das geschah zunächst durch die Montanunion und die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und anschließend als politische Union. Diese Einigung ist nicht vollendet, hat aber dazu geführt, dass wir bis zum Ukrainekrieg in der längsten Phase von Frieden und Wohlstand lebten, die es in Mitteleuropa seit Langem gegeben hat.

Die AfD strebt den Ausstieg Deutschlands aus der Europäischen Union an und will damit die Zusammenarbeit zwischen den europäischen Staaten abschaffen. Damit widerspricht sie nicht nur historischen Einsichten in die Gefahr einer ungezügelt-gelten Konkurrenz von Nationalstaaten im Kampf um den „Platz an der Sonne“, sondern verkennt, dass gerade die Bundesrepublik als Exportnation ihren Wohlstand wesentlich auf die europäische Integration, insbesondere den freien Verkehr von Waren, Dienstleistungen, Personen und Kapital in der EU gründet. Die Ziele der AfD würden damit der Bundesrepublik und ihrer wirtschaftlichen Entwicklung massiven Schaden zufügen.

## 5.2 FAMILIE UND GESELLSCHAFT

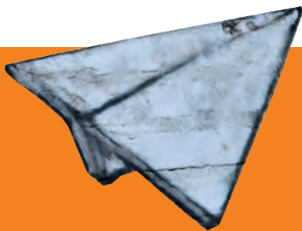
In ihrem Familien- und Gesellschaftsbild beschränkt sich die AfD auf tradierte Rollenbilder. Im Mittelpunkt steht der Blick auf die „einheimische Bevölkerung“. Konkret heißt es im Grundsatzprogramm der AfD:

„Die zunehmende Übernahme der Erziehungsaufgabe durch staatliche Institutionen wie Krippen und Ganztagschulen, die Umsetzung des „Gender-Mainstreaming“-Projekts und die generelle Betonung der Individualität untergraben die Familie als wertgebende gesellschaftliche Grundeinheit. (...) Den demografischen Fehlentwicklungen in Deutschland muss entgegengewirkt werden. Die volkswirtschaftlich nicht tragfähige und konfliktträchtige Masseneinwanderung ist dafür kein geeignetes Mittel. Vielmehr muss mittels einer aktivierenden Familienpolitik eine höhere Geburtenrate der einheimischen Bevölkerung als mittel- und langfristig einzig tragfähige Lösung erreicht werden.“<sup>44</sup>

„Familien sind heute massiven Belastungen ausgesetzt. Durch Trans-Gender-Hype, Frühsexualisierung und ein als Kinderrechte-Aufklärung getarntes Auspielen der Jugendlichen und Kinder gegen ihre Eltern wird der Zusammenhalt in den Familien gefährdet. Die Arbeit im Haushalt wird stark abgewertet und der Wert der Familien- und Erziehungsarbeit völlig unterschätzt. Mütter zählen in der „woken“ Gesellschaft nur, wenn sie einer Erwerbstätigkeit nachgehen und ihre Kinder möglichst schon im Babyalter in staatliche Ganztagsbetreuung geben.“<sup>45</sup>

<sup>44</sup> Grundsatzprogramm der AfD, S. 41

<sup>45</sup> Bundestagswahlprogramm der AfD, S. 14



**Einordnung:** Die AfD sieht mit Blick auf die demografische Entwicklung in Deutschland steigende Geburtenzahlen und Familiengründungen als Voraussetzung für wirtschaftliche Stabilität. Familienpolitik ist für sie vorrangig Bevölkerungspolitik. Familien werden damit zum wirtschaftsrelevanten Faktor. In der Sprache gemäßigt, aber dennoch klar in der Aussage, richtet sich die AfD vornehmlich an Menschen ohne Zuwanderungsgeschichte. Während sie in der medialen Öffentlichkeit oftmals als Partei auftritt, die sich für „abgehängte“ und marginalisierte Bevölkerungsgruppen einsetzt, wird im Grundsatzprogramm deutlich, dass sie ihren Fokus auf das Wohlergehen von deutschstämmigen Mittelschichtfamilien setzt. Das zeigt sich besonders in der folgenden Passage des Grundsatzprogrammes: „[D]ie derzeitigen Regierungsparteien [setzen] auf eine fortgesetzte, von Bedarf und Qualifikation abgekoppelte Masseneinwanderung hauptsächlich aus islamischen Staaten.“<sup>46</sup> Im Anschluss wird das Bildungsniveau dieser Bevölkerungsgruppe pauschal als unterdurchschnittlich dargestellt. Diese Aussagen sind sachlich falsch und rassistisch, werden von der AfD dennoch verbreitet.

Durch ihr klares Bekenntnis zu traditionellen Familienformen stellt die AfD die Sinnhaftigkeit einer

Vollzeiterwerbstätigkeit von Müttern infrage. Sie stellt sich damit auch gegen eine Familienpolitik, die frühkindliche Bildung durch Kitas und Kindertagespflege fördert. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen steht nicht im Fokus. Dass dies zu wirtschaftlichen Abhängigkeiten in der Beziehung führen kann, wird in der Betrachtungsweise der AfD bewusst außen vorgelassen. Damit bekundet die AfD ihre Absicht, die gesellschaftliche Entwicklung der letzten Jahrzehnte mit den Errungenschaften im Hinblick auf die Gleichberechtigung von Frauen, ihre Erwerbstätigkeit und Eigenständigkeit sowie auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zurückzudrehen.

Während das Grundsatzprogramm von 2016 vergleichsweise moderate Töne anschlägt, spricht das Programm zur Bundestagswahl 2025 eine deutlichere Sprache. Darin warnt die AfD vor „linken Ideologien“, „Genderwahn“, dem Selbstbestimmungsgesetz und der „Unnatürlichkeit“ von Transidentität. Gleichzeitig stellt es auch zehn Jahre nach der Verabschiedung des Grundsatzprogramms die Steigerung der Geburtenrate klar in den Mittelpunkt. Dadurch wird ein verengtes Familienbild deutlich, das verschiedene Lebensentwürfe nicht als gleichrangig zulässt.

<sup>46</sup> Grundsatzprogramm der AfD, S. 41



### 5.3 UMWELT UND KLIMA

In der Umwelt- und Klimapolitik positioniert sich die AfD gegen den gesellschaftlichen Konsens einer nachhaltigen Energiewende. Bisherige Maßnahmen werden rundweg abgelehnt. Im aktuellen Grundsatzprogramm heißt es konkret:

„Unter dem Schlagwort „Klimaneutrales Deutschland 2050“ durch „Dekarbonisierung“ missbraucht die deutsche Regierung die steigende CO<sub>2</sub>-Konzentration zur „Großen Transformation“ der Gesellschaft, mit der Folge, dass die persönliche und wirtschaftliche Freiheit massiv eingeschränkt wird. Die hierzu geplante zwangsweise Senkung der CO<sub>2</sub>-Emissionen um mehr als 85 Prozent würde den Wirtschaftsstandort schwächen und den Lebensstandard senken. Auf dem Weg dorthin wird auch unsere bisher sichere Stromversorgung destabilisiert und weiter verteuert, außerdem soll die Wärmeerzeugung durch fossile Energieträger praktisch auf Null gebracht werden.“

[...]  
„CO<sub>2</sub>-Emissionen wollen wir nicht finanziell belasten. Klimaschutz-Organisationen werden nicht mehr unterstützt.“

[...]  
„Den weiteren Ausbau der Windenergie in Deutschland lehnen wir ab. Er bringt mehr Schaden als Nutzen. Windenergieanlagen sind nur noch ausnahmsweise an Standorten zuzulassen, an denen keine Beeinträchtigungen für Menschen, Tiere oder das Landschaftsbild zu erwarten sind.“<sup>47</sup>

**Einordnung:** Die AfD unterstellt, dass Maßnahmen der Klima- und Umweltpolitik gezielt genutzt würden, um die persönliche und wirtschaftliche Freiheit der Menschen massiv einzuschränken. Sie verschweigt, dass die Bemühungen um eine Energiewende eine Reaktion auf wissenschaftlich gesicherte Erkenntnisse über den menschengemachten Klimawandel und seine Auswirkungen sind.

Die bisherigen Maßnahmen zur Eindämmung des Kohlendioxidausstoßes werden als „Gefährdung des Wirtschaftsstandortes“ betrachtet. Die AfD impliziert damit, dass der eigene Lebensstandard bei aktiv betriebener Klimapolitik zwangsläufig fällt. Ohne wissenschaftliche Begründung wird darüber hinaus der Mehrwert erneuerbarer Energien negiert und so beispielsweise der Windenergie mehr Schaden als Nutzen unterstellt. Faktisch wird damit der bislang breite gesellschaftliche Konsens revidiert, der eine Abkehr bei der Nutzung fossiler Energieträger vorsieht.

In dem Zusammenhang werden Klimaschutzorganisationen zum Feindbild stilisiert. Mit dem Versprechen, ihnen finanzielle Mittel zu verweigern, verfolgt die AfD bereits in ihrem Grundsatzprogramm einen Pfad, der vor allem darauf abzielt, das Engagement gemeinnütziger Organisationen zu bekämpfen.

<sup>47</sup> Grundsatzprogramm der AfD, S. 156/57 sowie 170



## KAPITEL 6

# WIE UMGEHEN MIT DER AfD?

### **6.1 WAS IST BEI KENNNTNIS ÜBER EINE AFD-MITGLIEDSCHAFT ZU TUN?**

Zunächst ist uns wichtig zu betonen: Es ist nicht unsere Aufgabe, aktiv zu recherchieren oder zu überprüfen, ob Personen in unserem Umfeld einer politischen Partei angehören. Gleichzeitig möchten wir verhindern, dass sich AfD-Mitglieder auf die Zugehörigkeit zu Kolping berufen, um Positionen zu vertreten, die nicht mit den Werten und dem Leitbild unseres Verbandes vereinbar sind.

In solchen Fällen ist besonnenes und verantwortungsvolles Handeln gefragt. Für diese Situationen gibt es ein internes, strukturiertes Verfahren. Wenn Ihr erfahrt oder den begründeten Eindruck habt, dass ein Kolpingmitglied zugleich AfD-Mitglied ist, wendet Euch bitte an Euren Diözesanverband oder an das Bundessekretariat (E-Mail: [bundessekretaerin@kolping.de](mailto:bundessekretaerin@kolping.de)). Dort werden die notwendigen Prüf- und Handlungsschritte eingeleitet.

Als zivilgesellschaftlicher Akteur bringt sich Kolping nicht nur in politische, gesellschaftliche und kirchliche Debatten ein. Kolping leistet auf seinen verschiedenen verbandlichen Ebenen politische Bildungsarbeit und tritt damit innerhalb und außerhalb des eigenen Verbandes entschlossen für die Förderung der Demokratie ein. Dazu gibt es unterschiedliche Formate von Fachtagungen

auf Bundesebene über Themenabende in den Kolpingsfamilien bis hin zu Veranstaltungen anlässlich von Kommunal-, Landtags-, Bundestags- und Europawahlen.

Die Strategie der AfD bestand in der jüngeren Vergangenheit darin, sich vor allem an zivilgesellschaftlichen Organisationen abzuarbeiten und dazu immer wieder fälschlicherweise auf das Neutralitätsgebot hinzuweisen. Dementgegen steht es Kolping und seinen Untergliederungen frei zu bestimmen, wer zu solchen Veranstaltungen eingeladen oder wem eine Teilnahme verwehrt wird. Während es für öffentliche Träger selbstredend ein Neutralitätsgebot gibt, gilt dies nicht für Träger der Zivilgesellschaft, zu denen Kolping gehört. Träger der Zivilgesellschaft sind auch Träger von Grundrechten wie der Meinungs- und Versammlungsfreiheit gemäß Artikel 5 bzw. 8 Grundgesetz (GG). Diese Grundrechte geben Trägern der Zivilgesellschaft das Recht, sich frei zu äußern, solange sie sich an allgemeine gesetzliche Bestimmungen halten. Darunter fällt die Verpflichtung, nicht zu Gewalt oder Straftaten aufzurufen. Darüber hinaus besitzen Kolping Deutschland und seine Untergliederungen die Vereinsautonomie gemäß Art. 9 GG und damit das Recht, interne Angelegenheiten wie die Frage, wer sich wie zu welchen Themen äußern darf, selbst zu regeln.<sup>48</sup>

## 6.2 UMGANG BEI VERANSTALTUNGEN

Ferner kann man sich bei Veranstaltungen der politischen Bildung auf die Grundprinzipien des „Beutelsbacher Konsenses“ berufen.<sup>49</sup> Dieser umfasst die bis heute gängigen Grundprinzipien politischer Bildung<sup>50</sup>:

**a) Überwältigungsverbot:** Gemäß dem Überwältigungsverbot darf Teilnehmenden von Bildungsmaßnahmen nicht eine Meinung aufgezwängt werden. Sie sollen dazu befähigt werden, sich ihre eigene Meinung zu bilden. (Indoktrinationsverbot).

**b) Kontroversitätsgebot:** Was in Politik, Gesellschaft und Wissenschaft kontrovers diskutiert wird, muss auch in der politischen Bildung kontrovers dargestellt werden. Demnach müssen und können verschiedene Standpunkte ihren Raum haben.

**c) Partizipationsgedanke:** Politische Bildung braucht partizipative Ansätze, die dazu befähigen, sich ein eigenes Bild zu machen und politische Zusammenhänge zu analysieren. Dazu bedarf es eines Diskurses und des Einübens eigener Reflexionsfähigkeit.

<sup>48</sup> Deutscher Bundesjugendring (DBJR) (Hrsg.): *punktum 2/25: Haltung und Neutralität* hier den Artikel von Reisner/ Lorenz/ Bock/ Weis: *Mythos Neutralitätsgebot: Eine Handreichung für mehr Handlungssicherheit in der Praxis*, S. 9-14

<sup>49</sup> Verabschiedet im Rahmen einer Tagung der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg im Herbst 1976 in Weinheim- Beutelsbach

<sup>50</sup> vgl. <https://www.bpb.de/die-bpb/ueber-uns/auftrag/51310/beutelsbacher-konsens/> sowie <https://www.lpb-bw.de/beutelsbacher-konsens-wortlaut>

## Wie aber nun konkret bei Veranstaltungen agieren?

- / Sollten im Publikum Vielredner\*innen sitzen, die in einer politischen Diskussion sehr viel Raum einnehmen, empfiehlt es sich, zu Beginn einer Diskussion / Veranstaltung darauf hinzuweisen, dass Fragen aus dem Publikum in einer Box gesammelt und später von der Moderation vorgelesen werden. So umgeht man zu lange Reden aus dem Publikum. Dies kann auch eine gute Möglichkeit sein, um die Gesamtzeit der Veranstaltung nicht zu sprengen.
- / Nie das Saalmikrofon aus der Hand geben. So hat man das „Heft des Handelns“ weiterhin in der Hand und kann im Zweifel das Mikrofon entziehen.
- / Menschen, die sich melden, sollten ihren Klarnamen nennen und ggfs. die Institution für die sie sprechen.
- / Zu Beginn der Veranstaltung kann die Moderation darauf hinweisen, dass keine extremistischen, menschenverachtenden und rassistischen Äußerungen erlaubt sind.
- / Sollte es zu einer akuten Störung aus dem Publikum durch mehrere Personen gleichzeitig kommen, sollte das weitere Vorgehen gut abgewogen werden. Störende Teilnehmende des Saales zu verweisen, ist die einfachste Möglichkeit. Eine andere Möglichkeit besteht darin, ihnen für ein festgelegtes Zeitfenster (2-3 Minuten) das Wort zu erteilen und sie dann zu bitten, den Saal bzw. die Veranstaltung zu verlassen. Wenn sich für zweiteres entschieden wird, bedarf es einer absolut souveränen und durchsetzungsstarken Sitzungsleitung.

- / Sollten Personen nicht nur verbal aggressiv werden, sondern auch körperliche Gewalt androhen, sollte auf jeden Fall die Polizei gerufen werden.

Um das Hausrecht vorab unmissverständlich zu betonen, bietet sich ein Aushang mit folgendem Text an:

*Wir legen sehr viel Wert auf ein respektvolles Miteinander. In diesem Sinne behalten wir uns vor, von unserem Hausrecht Gebrauch zu machen und Personen, die rechtsextremen Parteien oder Organisationen angehören, der rechtsextremen Szene zuzuordnen sind oder bereits in der Vergangenheit durch rassistische, nationalistische, antisemitische oder sonstige menschenverachtende Äußerungen in Erscheinung getreten sind, den Zutritt zur Veranstaltung zu verwehren oder von dieser auszuschließen.*

Der Ausschluss von Teilnehmer\*innen oder bestimmten Personengruppen ist durch §6 des Versammlungsgesetzes (VersG) gedeckt und sollte, um rechtssicher zu sein, bereits in der Einladung benannt werden und nicht nur als Aushang bei der Veranstaltung selbst erfolgen. Dort heißt es:

*„(1) Bestimmte Personen oder Personenkreise können in der Einladung von der Teilnahme an einer Versammlung ausgeschlossen werden.*

*(2) Pressevertreter können nicht ausgeschlossen werden; sie haben sich dem Leiter der Versammlung gegenüber durch ihren Presseausweis ordnungsgemäß auszuweisen.“<sup>51</sup>*

Schlussendlich muss bei Veranstaltungen, die zu gesellschaftspolitischen Themen stattfinden und öffentlich beworben werden, damit gerechnet werden, dass im Publikum Personen sitzen, die der

<sup>51</sup> vgl. [https://www.gesetze-im-internet.de/versammlg/\\_6.html](https://www.gesetze-im-internet.de/versammlg/_6.html)

AfD angehören und durch Fragen Veranstaltungen entweder in eine Richtung lenken oder bewusst stören wollen und zuweilen laut oder aggressiv werden.

Sollte man sich doch dazu entscheiden, sich mit Vertreter\*innen der AfD auseinander zu setzen, empfiehlt sich eine intensive Vorbereitung mit Faktenwissen, um „gefühlten Wahrheiten“ oder „Fake News“ begegnen zu können. Vertreter\*innen der AfD sind auf allen politischen Ebenen oftmals gut rhetorisch geschult.

### **6.3 UMGANG IN DEN SOZIALEN MEDIEN**

Neben dem Umgang mit Störungen auf Veranstaltungen ist ein Blick auf den Umgang mit der AfD in den sozialen Medien hilfreich. Denn die sozialen Medien sind eine Bühne, die die AfD zunehmend nutzt, um ihre politischen Anliegen medial zu orchestrieren. Kritische Berichterstattung, wie sie in öffentlichem Rundfunk und klassischen Printmedien erfolgt, wird von der AfD und ihren Anhänger\*innen oftmals als staatlich gelenkt diffamiert. Dieser einseitige Vorwurf wird dadurch verstärkt, dass in den sozialen Medien gerade von rechtsextremen Vordenker\*innen, Gruppierungen und Parteien in hoher Frequenz manipulativer „Content“ bereitgestellt wird, der aufgrund der Selektion von Inhalten durch Algorithmen Vorurteile und Ansichten unreflektierter Nutzer\*innen bestätigt. Filterblasen in den sozialen Medien und Echokammern verfestigen unter Gleichgesinnten die Einseitigkeit im digitalen Meinungsraum und beschleunigen die Verbreitung von Unwahrheiten. Mangelnde Medienkompetenz macht anfällig für Fehlinformationen, Verschwörungserzählungen und einfache Erklärungen, die nur scheinbar Antworten auf komplexe Problemlagen bieten. Dabei profitiert die AfD von Eigenheiten, die den sozialen Medien zugrunde liegen: kurze Videos, massentaugliche Inszenierung, Schlagwortorientierung.



## Wie geht man als Nutzer\*in sozialer Medien mit dieser Gemengelage um?

### a. / Accounts melden

Accounts, die offensichtlich und nachweislich „Fake News“ verbreiten und in denen verfassungsfeindliche und neonazistische Symbole oder Bilder gezeigt werden, kann man bei Facebook, Instagram und TikTok melden. Dies führt idealerweise zu einer Sperrung von Accounts. Rassistische Ressentiments verlieren damit an Reichweite. Sollten auf den Seiten klar strafrechtliche Inhalte vorhanden sein, können diese natürlich auch bei der Polizei gemeldet werden. Hier gibt es die einfache Möglichkeit, eine Online-Anzeige aufzugeben. Dies geht unter:  
[https://www.polizei.de/Polizei/DE/Einrichtungen/Onlinewache/onlinewache\\_node.html](https://www.polizei.de/Polizei/DE/Einrichtungen/Onlinewache/onlinewache_node.html)

### b. / Parolen entgegentreten

Dies ist zugebenermaßen nichts für schwache Nerven. Denn wer es wagt, offensichtliche Falschmeldungen der AfD durch Fakten zu entkräften, wird oftmals von Nutzer\*innen, die dem Weltbild der AfD nahestehen, beschimpft oder bedroht. Ehrverletzende Äußerungen, Druckausübung und Relativierung sind dabei an der Tagesordnung. Dennoch ist es wichtig, die Stimme zu erheben und Parolen zu begegnen, damit sie in der bürgerlichen Mitte nicht „salonfähig“ werden. Einem Aufkeimen von latentem Rassismus sollte entschieden entgegentreten werden.

### c. / Sperrung oder Blockierung von Follower\*innen

Nicht jede Meinung muss „ertragen“ und nicht jede ausufernde Diskussion geführt werden. Sollten auf den Seiten einer Kolpingsfamilie oder eines Diözesanverbandes auf Facebook, Instagram und TikTok rassistische Inhalte und Parolen gepostet werden, sollte auf die Netiquette verwiesen, Posts gelöscht bzw. verborgen und die entsprechende Person gesperrt werden. Das hat nichts mit Demokratiefeindlichkeit zu tun, sondern dient dazu, bewusst Grenzen zu setzen.

### d. / Auf die eigenen Ressourcen achten

Diskussionen in sozialen Netzwerken können mühsam und schwierig sein. Nicht jedem ellenlangen Diskussionsstrang muss man sich stellen, wenn man weiß, dass Fakten beim Gegenüber nicht ankommen und Haltungen sehr unterschiedlich sind. Man sollte gut überlegen, wann es sinnvoll sein kann, die Kommentarfunktion zu deaktivieren. Es kann auch gerne auf einen Verhaltenskodex für die Diskussion hingewiesen werden, sofern dieser im Vorfeld erstellt wurde. Sinnvoll kann es sein, dass für komplexe und eskalierende Diskussionen auf den Social-Media-Kanälen eine „Task Force“ bereitsteht. In einer solchen kleinen Gruppe können die Beteiligten das weitere Vorgehen absprechen und sich die Aufgaben teilen, damit niemand, egal ob haupt- oder ehrenamtlich, allein im „Regen stehen gelassen“ wird. Wichtig ist auch, möglichst immer mit dem offiziellen Account einer Kolpingsfamilie bzw. eines Diözesanverbandes zu antworten und nicht mit einem privaten Account. Dies setzt voraus, dass ein Social-Media-Kanal mehrere Redakteure hat, was technisch möglich ist.

## **NETIQUETTE VON KOLPING DEUTSCHLAND<sup>52</sup>**

Wir sind mit Euch zusammen in Social Media unterwegs. Dabei ist uns ein inspirierender, motivierender und konstruktiver Austausch wichtig. Unsere Community ist bunt, offen und stellt sich gegen jede Form der Diskriminierung. Wir gehen achtsam miteinander um und begegnen uns auf Augenhöhe. Deswegen haben wir diese Regeln:

- / **Sei bei Deinen Beiträgen zugewandt und respektvoll!** Hinter jedem Beitrag steckt ein anderer Mensch. Schreibe so, wie Du möchtest, dass Dir geschrieben wird!
- / **Führe Diskussionen in der Sache!** Triff keine Aussagen, die sich gegen andere Personen richten oder sie verletzen könnten! Mache keine nachweisbar falschen Behauptungen und führe nicht in die Irre! Bleibe bei dem Thema des ursprünglichen Beitrags! Fasse Dich dabei kurz, damit andere Dir folgen können!
- / **Verlinke mit Bedacht!** Wenn Du direkt oder indirekt zitierst, gib die Quelle mit Urheber\*in an! Nutze nur nachprüfbare Quellen! Verlinke auf keine Seite, die strafrechtlich relevante Inhalte enthält!
- / **Mache keine Werbung!** Werbung für kommerzielle Produkte, Dienstleistungen und private Internetseiten ohne erkennbaren Bezug zum Thema ist unzulässig.

/ **Verletze niemanden!** Nicht erlaubt sind insbesondere Beiträge, die Beleidigungen, Obszönitäten, persönliche Angriffe, ableistische, rassistische, antisemitische, homophobe oder sexistische Äußerungen enthalten. Auch nicht erlaubt sind Beiträge mit vulgärer, missbräuchlicher oder hasserfüllter Sprache sowie extremistisches Gedankengut.

/ **Halte Dich an das Gesetz!** Eigentlich sollte das klar sein: Poste nichts, was gegen Gesetze verstößt! Rechte Dritter und das Urheberrecht sind einzuhalten.

/ **Verstöße werden geahndet.** Wenn Du gegen diese Netiquette verstößt, behalten wir uns vor, Deine Beiträge jederzeit und ohne Angaben von Gründen zu löschen beziehungsweise zu melden sowie gegebenenfalls Deinen Account zu blockieren. Das gilt auch für Beiträge, die aus unserer Sicht aus einem anderen Grund einer sachlichen Diskussion nicht förderlich sind.

Wir behalten uns vor, die Netiquette jederzeit zu ändern. So können wir auf aktuelle Entwicklungen reagieren und für einen angenehmen Austausch sorgen. Du kannst Kontakt mit uns aufnehmen, indem Du uns auf der jeweiligen Plattform direkt anschreibst. Wir bitten um Dein Verständnis, dass wir nicht immer sofort antworten können.

<sup>52</sup> <https://www.kolping.de/verband/netiquette/>



#### 6.4 UMGANG MIT STAMMTISCHPAROLEN

Wer kennt sie nicht: Stammtischparolen, die zuweilen längst in der Mitte der Gesellschaft angekommen sind. Klassisch gehören dazu Aussprüche wie: „Unsere deutsche Identität ist in Gefahr. Wir sind nicht mehr unser eigener Herr im Lande.“ oder: „Irgendwann muss Schluss sein mit unserer Geschichte.“

Stammtischparolen hat sicher jede\*r schon einmal gehört. Zuweilen machen solche Aussprüche die Zuhörenden fassungslos und stumm, zum Teil fallen sie aber auch auf fruchtbaren Boden und genießen Zustimmung. Dabei ist es wichtig, solche Aussprüche nicht im Raum stehen zu lassen. Denn wer schweigt, stimmt zu.

Wie aber nun reagieren? Hierfür gibt es kein Patentrezept, aber ein paar Strategien und Grundregeln, die im Folgenden skizziert werden.<sup>53</sup>

##### a. / Das Parolenspringen nicht mitmachen

Die Protagonist\*innen wechseln bei der Auseinandersetzung mit ihren Sprüchen häufig von einem Thema zum nächsten, bringen schlagwortartig eine Parole nach der nächsten. Das sollte möglichst gestoppt werden. Wer dagegenhalten will, sollte darauf beharren, beim Thema zu bleiben.

<sup>53</sup> Diese möglichen Handlungsempfehlungen sind folgender Broschüre entnommen: Deutscher Volkshochschulverband (Hrsg.), Wenn die Worte fehlen - Argumente gegen Stammtischparolen, 1. Auflage, 2020, Autor des Artikels ist Prof. Klaus-Peter Hufer, die vorgenannten Punkte sind wortgleich oder leicht gekürzt, aber sinngebend wiedergegeben worden. Die vollständige Broschüre ist downloadbar unter: <https://www.volkshochschule.de/verbandswelt/projekte/PGZ/publikationen/argumente-gegen-stammtischparolen.php>

<sup>54</sup> Die Beispiele für gezieltes Nachfragen anhand von W-Fragen sind einer Präsentation des Landespräventionsrat Niedersachsen und der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus- für Demokratie- Regionalstelle Süd/Ost entnommen. Abrufbar unter folgenden Link: [https://www.paritaetischer.de/fileadmin/Mitgliedsorganisationen/Fachbereiche\\_und\\_Arbeitskreise/Fachbereiche\\_und\\_Arbeitskreise/Bildung/Fachtag\\_zum\\_Umgang\\_mit\\_Rassismus\\_und\\_rechtem\\_Populismus/Argumentationstraining.pdf](https://www.paritaetischer.de/fileadmin/Mitgliedsorganisationen/Fachbereiche_und_Arbeitskreise/Fachbereiche_und_Arbeitskreise/Bildung/Fachtag_zum_Umgang_mit_Rassismus_und_rechtem_Populismus/Argumentationstraining.pdf)

**b. / Initiative ergreifen**

Wer Parolen von sich gibt, befindet sich aller Erfahrung nach sofort in der Offensive. Daher sollten diejenigen, die widersprechen, die Initiative ergreifen und die Gesprächsführung übernehmen.

**c. / Das „die“ auflösen**

„Die Ausländer“, „die Juden“, „die Schwulen“, „die Politiker“ – charakteristisch für Stammtischparolen ist, wie pauschal und verallgemeinernd sie Menschen einordnen. Oftmals unterteilen die Verbreiter\*innen von Stammtischparolen in wertende Kategorien und klassifizieren die Menschen nach Herkunft, Glaube oder ihrer Lebensweise. Deshalb sollte man Pauschalisierungen hinterfragen und durch gezieltes Nachfragen als klischeehafte Denken offenlegen. Hierzu können sogenannte W-Fragen sinnvoll sein<sup>54</sup>:

- Wen genau meinen Sie mit „die“ und „wir“?
- Worauf wollen Sie hinaus?
- Was meinen Sie genau damit?
- Woher genau wissen Sie das?
- Was heißt das für Sie persönlich?

**d. / Widersprüche aufdecken**

Niemand lebt in völligem Einklang mit sich selbst, sicher auch nicht diejenigen, die lautstark ihre Parolen von sich geben. Bei Fremdenfeindlichkeit und Nationalismus kann es unter Umständen angebracht sein, auf den Pullover des Gegenübers hinzuweisen, der vielleicht aus Bangladesch stammt oder zu fragen, wo die Billigwaren produziert werden, die wöchentlich bei Discountern angeboten werden.

**e. / Gefühle ansprechen**

Aggressionen sind Gefühlsäußerungen und verraten viel über die Bedürfnisse und Lebenssituation der Person, die markante und unreflektierte Sprüche von sich gibt. Vielleicht tritt in der Heftigkeit der Aussage eine Angst, ein Bedrohungsgefühl oder eine Kränkung zutage. Der Stammtisch ist aber ein denkbar ungeeigneter Ort für Therapieversuche. Ängste und Ärger sollen zwar ernst genommen werden, aber Rassismus ist schlicht und ergreifend menschenverachtend. Gefragt werden kann aber zum Beispiel, weshalb sich das Gegenüber so sehr ereifert. Es gilt, die Perspektive des anderen zu verstehen, aber diese nicht zu akzeptieren.

**f. / Grenzen setzen**

Auch wenn es sinnvoll erscheint, im Gespräch Brücken bauen, gilt es gleichzeitig auch, klare Grenzen zu setzen. Wer beispielsweise den Holocaust leugnet, scheint nicht mehr zu einem zielführenden Gespräch bereit zu sein. Das sollte auch klar benannt, das Gespräch beendet und der Raum verlassen werden.

Es wird deutlich: Bei der Entgegnung von Stammtischparolen kommt es einerseits auf Mut und Zivilcourage an. Andererseits geht es aber auch um den Versuch, im Gespräch zu bleiben und Situationen nicht eskalieren zu lassen. Haltung und Wissen sind wichtig, wenn man Stammtischparolen begegnen möchte, ebenso wie das Setzen von Grenzen. Es geht nicht darum, den anderen zwingend von einer anderen politischen Haltung zu überzeugen. Dies wird oftmals nicht gelingen. Aber es geht darum, ihn dazu zu bringen, seine Meinungen zu hinterfragen.

## **LITERATURHINWEISE**

Amlinger, Carolin/ Nachtwey, Oliver: Zerstörungslust. Elemente des demokratischen Faschismus, Suhrkamp Verlag Frankfurt/Main, 2025

Burger, Jonatan: Rechtspopulismus als Herausforderung christlicher Sozialethik. Problemanalysen und Handlungsperspektiven, Herder Verlag Freiburg im Breisgau, 2024

Hamann, Götz: „Ich bin in der ARD mit meiner Haltung zur AfD wohl in der Minderheit.“, Interview mit Georg Restle, Die Zeit, Nr. 14/2026, 25. März 2026

Hillje, Johannes: Das „Wir“ der AfD, Kommunikation und kollektive Identität im Rechtspopulismus, Campus Verlag, Weinheim, 2022

Mau, Steffen / Lux, Thomas / Westheuser, Linus: Triggerpunkte. Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft, Suhrkamp Verlag Frankfurt/Main, 2023

Patzelt, Werner J.: Deutschlands blaues Wunder – Die AfD und der Populismus, Langen-Müller Verlag, Stuttgart, 2025

Sahebi, Gilda: Wie wir uns Rassismus beibringen. Eine Analyse Deutscher Debatten, S. Fischer Verlag, Frankfurt/Main, 2024



**ZUSAMMEN  
DEMOKRATIE  
STÄRKEN!**

Wir sind Kolping – wir stehen für  
christliche und demokratische Werte

Anzeige

#### **Banner**

»Zusammen Demokratie  
stärken«

Fahnenstoff: 115 g/m<sup>2</sup>  
Format: 120 x 80 cm  
rundum umsäumt und ge-  
öst zur Befestigung

Artikelnr.: 2910  
Preis: 30,00 EUR  
zzgl. Versandkosten

#### **FARBE BEKENNEN**

Wenn Ihr ein Zeichen für den Erhalt unserer  
Demokratie setzen wollt, dann bestellt das  
Banner und hängt es auf.

## **LINKTIPPS UND BILDUNGSANGEBOTE**

### **Amadeu-Antonio-Stiftung**

Veröffentlicht Publikationen zu den Themen Demokratieförderung, Antisemitismus, Rechtsradikalismus, Queerfeindlichkeit und fördert Projekte zu den vorgenannten Themenfeldern auch finanziell.  
[www.amadeu-antonio-stiftung.de](http://www.amadeu-antonio-stiftung.de)

### **Argumentationshilfe für Kolpingfamilien: Demokratisch diskutieren**

Der Kolping-Diözesanverband Münster hat eine gute Argumentationshilfe entwickelt, in der es darum geht, Argumentationstechniken kennenzulernen, um z.B. Scheinargumente zu entzaubern. Die Arbeitshilfe bietet ein gutes Fundament, um gefestigt in Streitgespräche zu gehen und ggfs. Stammtischparolen zu entzaubern.  
[www.kolping-ms.de/bildung-wAssets/docs/bildung/Allgemeine\\_Bildung/politische-Bildung/Argumentationsleitfaden-fuer-KF.pdf](http://www.kolping-ms.de/bildung-wAssets/docs/bildung/Allgemeine_Bildung/politische-Bildung/Argumentationsleitfaden-fuer-KF.pdf)

### **Bundesamt für Verfassungsschutz**

Das Bundesamt für Verfassungsschutz bietet umfangreiche Materialien, um sich ein gutes Hintergrundwissen anzueignen, so z. B. zum „Netzwerk der neuen Rechten“ oder zur Radikalisierung von jungen Akteur\*innen in der rechten Szene. Natürlich ist hier auch der jeweils aktuelle Verfassungsschutzbericht downloadbar.  
[www.verfassungsschutz.de](http://www.verfassungsschutz.de)

### **Bundesinitiative „Aufstehen gegen Rassismus“**

Die Initiative ist ein bundesweites breites Bündnis, welches sich explizit mit der AfD auseinandersetzt und die Kampagne „Stoppt die AfD“ verantwortet. Das Bündnis bietet unter anderem auch Seminare/ Argumentationstrainings und Publikationen an, aber auch T-Shirts/Hoodies etc. im Kampagnen-Look.  
[www.aufstehen-gegen-rassismus.de](http://www.aufstehen-gegen-rassismus.de)

### **Bundesverband Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus**

Auf der Homepage des Bundesverbandes Mobile Beratung findet Ihr eine gute Übersicht über Kontaktdaten von mobilen Beratungsteams in euren Bundesländern, ferner sind dort auch verschiedene Publikationen downloadbar/bestellbar, und es werden sehr anschaulich die Aufgaben der mobilen Beratung beschrieben. Als Übersichtsseite ein absolutes Muss.  
<https://bundesverband-mobile-beratung.de/>

### **Bundeszentrale für politische Bildung**

Die wohl wichtigste Adresse, wenn es um politische Bildung in Deutschland geht: neutral, kompetent und vielfältig. Ein Blick auf die Seite der Bundeszentrale für politische Bildung lohnt immer, nicht nur zu Themen von Nationalismus / Rechtsextremismus.  
[www.bpb.de](http://www.bpb.de)

### **Correctiv**

Das Recherchenetzwerk CORRECTIV um Gründer und Geschäftsführer David Schraven ist von großen Medienkonzernen unabhängig und führt mit einem großen Team von Journalist\*innen Recherchen zu aktuellen, gesellschaftlich relevanten Themen durch. Unter anderem ist durch sie der „Geheimplan für Deutschland“ an die Öffentlichkeit gelangt, an dem führende Szene-Vertreter\*innen der „Neuen Rechten“ beteiligt waren.  
[www.correctiv.org](http://www.correctiv.org)

### **Diversity Works**

Privatwirtschaftliches Weiterbildungsunternehmen, das Weiterbildungen zur Interkulturalität, Diversität, Anti-Rassismus-Arbeit anbietet und sowohl für Non-Profit-Organisationen als auch für Unternehmen tätig ist.

[www.diversity-works.de](http://www.diversity-works.de)

### **FUMA Gender und Diversität NRW (Fachstelle Gender und Diversität NRW)**

Die Fachstelle bietet digitale Fortbildungen für Einzelpersonen an, aber auch auf Gruppen zugeschnittene individuelle Fortbildungen (auch außerhalb von NRW). Die Fortbildungen befassen sich mit den Themen Antidiskriminierung, Rassismuskritik und allgemeinen Diversitätsfragen. Die Fortbildungen haben sowohl pädagogisch-psychologischen Charakter als auch den Blick auf rechtliche Fragestellungen.

<https://www.gender-nrw.de/>

### **Initiative „Kleiner Fünf“**

Eine Gruppe von ehrenamtlich Aktiven aus ganz Deutschland, die mit Kampagnen und Bildungsarbeit für eine demokratische Zukunft eintreten. Auf der Homepage findet man gute Gesprächsleitfäden und Argumentationshilfen gegen rechte Propaganda. Der Ansatz der Initiative ist, „im Gespräch zu bleiben“, aber dabei klare Haltung zu zeigen. Auch Seminarangebote werden von der Initiative organisiert.

[www.kleinerfuenf.de](http://www.kleinerfuenf.de)

### **KOLPING-Netzwerk für Geflüchtete**

Das KOLPING-Netzwerk für Geflüchtete bietet Workshops für die Zielgruppen Ehrenamtliche/Erwachsene und Schüler\*innen/Jugendliche zu den Themen Flucht(gründe), Interkulturelles Lernen und Gesellschaftliche Teilhabe an. Darüber hinaus kann das Mitmach-Mobil gebucht werden. Es kommt direkt zu Euch und gibt Euch die Möglichkeit, Euch über kurze Filme, Fluchtgegenstände, mit einem Quiz und vielen weiteren Methoden mit den Themen Flucht und Gesellschaftliche Teilhabe auseinanderzusetzen.

[www.kolping.de/engagement/netzwerk-fuer-gefluechtete/](http://www.kolping.de/engagement/netzwerk-fuer-gefluechtete/)

### **KonterBUNT-App**

Die App richtet sich vor allem an Kinder und Jugendliche und ist von den Landeszentralen für politische Bildung Sachsen-Anhalt und Niedersachsen entwickelt worden. KonterBUNT ist ein Online-Spiel, welches Informationen und Gegenstrategien zu Stammtischparolen bietet und ermöglicht, diese Strategien spielerisch anzuwenden. Nutzer\*innen können KonterBUNT ganz einfach im Browser ihres Computers/Smartphones nutzen. Das Herunterladen einer App ist nicht erforderlich.

<https://konterbunt.de/>

### **Schwarze Schafe e. V.**

Der Schwarze Schafe e. V. ist ein bundesweit tätiger Träger, der Weiterbildungen und Workshops zur rassismuskritischen Arbeit anbietet.

[www.schwarzeschafe.de](http://www.schwarzeschafe.de)

## **ZUSAMMEN...**

- ... sind wir eine generationsübergreifende Gemeinschaft.*
- ... wenden wir uns den Menschen zu.*
- ... leben und stärken wir Familie.*
- ... handeln wir als gesellschaftlicher Akteur glaubhaft und solidarisch.*
- ... ermöglichen wir ganzheitliche Bildung.*
- ... sind wir Teil einer Weltfamilie.*
- ... mit Adolph Kolping vertrauen wir der frohen Botschaft Jesu Christi.*
- ... sind wir Kolping und sorgen wir für mehr christliches Handeln in der Welt.*